

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthmäßigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 936.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 936.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Postamtstraße 28, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pfg. Postzusatz 10 Pfg. für 4000 a. 6 Reichsmark.

Die Abgabengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für die sechsgespaltene Beilage oder deren Raum 20 Pfg., anderweitige Anzeigen 20 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr Sonntags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 225.

Sonntags, den 26. September 1903.

10. Jahrgang.

## Sterze eine Seilage.

### Die Wintergäste.

Der Sommer hat sich verabschiedet, und nicht lange mehr wird's dauern, so brauchen die Herbststürme durch's Land, bringen die Kälte, und es fällt der erste Schnee.

Dann stellen sich in den Städten wieder die Wintergäste ein: die Proletarier von der Landstraße, die Mitglieder der industriellen Reservearmee. Sie betteln vor den Thüren, füllen die Wähe für Obdachlose, werden von der Polizei aufgegriffen. Aber ihre Zahl vermindert sich nicht. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung sorgt dafür, daß diese Masse des Lumpenproletariats sich mehrt, um jederzeit der kapitalistischen Produktionsweise als Arsenal für Arbeitskräfte bei Lohnkämpfen des organisierten Proletariats u. s. w. zu dienen.

Seit dem Zusammenbruch von 1900 ist die Frage der Fürsorge für diese hunderttausende von Arbeitslosen aktuell geblieben. Denn die damalige Krise ist noch keineswegs überstanden. Es zeigt uns im Gegentheil das überaus vorsichtige Verhalten der Börse, daß Niemand der gegenwärtigen Lage recht traut, und daß man ein plötzliches Wiederherbrechen der Krise für möglich hält. Es müßte auch merkwürdig zugehen, wenn die schändlichen Mißhandlungen, welche die sozialistische Agitation des letzten Jahrzehnts unserem Wirtschaftskreislauf zugefügt hat, nicht, bestenfalls, Wunden und Striemen in Menge zurückließen, wenn nicht gar einen neuen Zusammenbruch hervorriefe.

Man hört nämlich noch immer nichts vom Abschluß von Handelsverträgen. Mit einer solchen Heimlichkeit werden die Vertragsverhandlungen mit Rußland betrieben, daß man wirklich neugierig sein kann, welche Suppe denn eigentlich aus dem brodelnden Kessel herausläuft. Dinge die Geschichte glatt, so hätte unsere Regierung ihre Offiziosen längst Triumphtafeln veröffentlichen lassen. Weil sie sich so ausschweigt, ist die Annahme berechtigt, daß sie mit ihrem Vortritt vor Rußland auf große Schwierigkeiten gestoßen ist. Ist das aber bei Rußland der Fall, so wird's bei anderen Ländern nicht besser sein. Dann geht unsere Industrie neuen schweren Krisen entgegen, denn mit zwei Dritteln ihrer Produktion ist sie auf das Ausland angewiesen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird's zu spüren bekommen. Auf's neue wird sich dann die industrielle Reservearmee vermehren, auf's neue werden hunderttausende Proletarier im Elend schmachten. So ist denn die Frage höchst wichtig: was geschieht zum Schutze des hilflosen Proletariats?

Untersuchungen aus der jüngsten Zeit der Krise zeigen in den Herbergen zur Heimath von 1899 bis 1901 eine Steigerung in der Zahl der Schlafplätze um beinahe 20 Prozent. Wie groß die Zahl der umherwandernden Proletarier, der von Ort zu Ort getriebenen Opfer der kapitalistischen Produktionsweise ist, hat man noch niemals feststellen können. Indessen gewinnt man wenigstens einen ungefähren Anhalt, wenn man weiß, daß im Jahre 1901 allein in den 457 Herbergen zur Heimath 4 261 974 Schlafplätze gewährt wurden, durchschnittlich täglich 11 676. Dabei übernachtet doch nur ein kleiner Bruchtheil der Wandernden in diesen Herbergen!

Was hat nun das Reich, was haben die Staaten zur Milderung der Noth der wandernden Proletarier, oder zur Hebung der Arbeitslosigkeit getan? Immer wieder wollen wir dabei betonen, daß wir dem kapitalistischen Staat dabei nicht das Unmögliche zumuthen, die Arbeitslosigkeit an sich aufzuheben. Sie hängt so ursächlich mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen, daß man, um der Arbeitslosigkeit überhaupt ein Ende zu machen, erst die kapitalistische Produktionsweise abschaffen müßte. Das wird die Sozialdemokratie einmal vollbringen, der kapitalistische Staat kann es natürlich nicht. Was er aber kann, ist: Fürsorgemaßregeln für die Opfer der Arbeitslosigkeit ergreifen und die Arbeitslosigkeit wenigstens lindern.

Das Eine wie das Andere bleibt der Staat, bleibt das Reich dem Proletariat vollständig schuldig. Bis jetzt haben nur die Kommunalverbände auf Grund ihrer Armenunterstützungspflicht sogenannte Verpflegstationen eingerichtet. Diese bestehen allgemein seit dem Beginn der achtziger Jahre. Sie geben den wandernden Proletariern Nahrung und Obdach oder Anweisung auf eine bestimmte Herberge. Dafür aber muß der Proletarier der Verpflegstation eine gleichwerthige Arbeit leisten, die oft sehr schwer oder sehr schmutzig ist, so daß die Wandernden die Verpflegstation höchst ungern aufsuchen. Und trotzdem diese Verpflegstationen nur eine ganz unzulängliche Hilfe leisten, sind sie von den Kommunalverbänden noch nicht einmal allgemein eingeführt. Ja, sie sind im Rückgang begriffen. So haben z. B. in Preußen 1890 951 solcher Verpflegstationen bestanden, bis 1896 sind sie auf 612 zurückgegangen, und heute wird es nicht besser stehen.

Neben den Verpflegstationen bestehen in den einzelnen deutschen Staaten noch Arbeiterkolonien, um die

wandernden Proletarier unterzubringen. Aber ihre Zahl ist gering. In dem ganzen Königreich Preußen bestehen 20 solcher Kolonien, im Königreich Sachsen eine einzige u. s. w.

Alle diese Einrichtungen haben nicht den Zweck, die Arbeitslosigkeit wirklich zu beseitigen. Sie sollen nur die Arbeitslosen, die umherwandern, zeitweise der Öffentlichkeit entziehen. An der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nimmt der moderne Klassenstaat bisher kein ernsthaftes Interesse. Wie oft hat nicht schon die Sozialdemokratie im Reichstage interpellirt: zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit! Aber noch auf unsere letzte Interpellation erwiderte uns der Staatssekretär Graf Posadowski, diese Fürsorge sei Aufgabe der Einzelstaaten. Das Reich könne nur in außerordentlichen Nothfällen eingreifen. Wie aber die Einzelstaaten ihre Pflicht begreifen, zeigte noch vor ein paar Jahren der größte deutsche Einzelstaat, Preußen. Die Regierung wollte die Verpflegungsstationen obligatorisch machen durch einen Gesetzesentwurf, dessen § 1 bestimmte, daß an geeigneten und in angemessener Entfernung von einander liegenden Orten Verpflegungsstationen (Wanderarbeiterstätten) zu errichten sind. Das Junkerparlament lehnte jedoch den Antrag ab, und bis heute ist die Frage noch nicht weiter gerückt.

Auch die Städte thun nichts zur Vinderung der Arbeitslosigkeit. Höchstens, daß sie, wenn die Noth ganz schlimm wird, ein paar hundert Mark für sogenannte Nothstandsarbeiten auswerfen. Ein Tropfen, der auf dem heißen Stein ausfällt!

So stehen die Proletarier der Landstraße in einer von Reichthümern erdrückten Gesellschaft hungernd und frierend und obdachlos da. Niemand kümmert sich um ihre Noth. Wehe dem Proletarier, der das Unglück hat, durch längere Arbeitslosigkeit in ihre Reihen hinabgeschleudert zu werden! „Nacht, die ihr eingehet, alle Hoffnung draußen!“ heißt es für ihn wie für die Insassen von Dante's „Hölle“. Unter Hundert gelingt es kaum Einem, sich wieder emporzuarbeiten.

Die „Wintergäste“, die Proletarier der Landstraße, die Opfer der kapitalistischen Gesellschaft, erscheinen jetzt wieder in den Großstädten. Sie sind die furchbar satirische Karrikatur auf die Lobpreisungen der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Gesellschaft hat tausend Wunden und Verfallzeichen. An ihrer Unfähigkeit, das Wachsthum des Proletariats zu hindern, wird sie zu Grunde gehen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Wilhelm II. und die Sozialdemokratie.** Ueber die Stellung Wilhelms II. zur Sozialdemokratie erzählt die „Saalezeitung“ in Halle im Anschluß an die letzte Kaiserrede in Danzig allerlei Märchen. Wenn wir trotzdem von diesem offenbar phantastischen Notiz nehmen, so nur aus dem Grunde, um unserer journalistischen Pflicht zu genügen. Das Hallische Scharfmacherblatt erzählt zunächst, daß der Kaiser nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg eine ganze Reihe nicht verantwortlicher Persönlichkeiten, auch aus dem Bürgerstande, um ihre Meinung bezüglich der nunmehr einzuschlagenden Politik befragt habe — über den Kopf Bülow's oder anderer offizieller Rathgeber hinweg. Er selbst würde nach seinem Charakter auch einer liberalen Politik keineswegs abgeneigt sein. Ja, es gebe eine Reihe von Stellungen, z. B. im Reichsamt des Innern, im Reichsversicherungsamt, wo auch „Genossen“ von Wissen und Talent arbeiten könnten, ohne politisch gar zu viel Unheil anrichten zu können. Aber es arbeiteten in dieser Hinsicht so viel Gegenwirkungen, daß der Kaiser selbstverständlich den Mann in der Regierung nicht finden würde, der stark genug wäre, ihn bei einer solchen Politik zu bedenken. Graf Bülow sei viel zu tief in den Zentrumsjumpf gerathen, als daß er aus der konservativ-kerikalischen Reaktion gegenwärtig herauskomme. Zum Schluß heißt es: „Freilich müßte erst eine liberale Rekonstruktion der Regierung geschaffen werden, denn höchstens in einem liberalen Regiment würde ein Revisionist a la Bollmar Raum haben. Und hierzu fehlt es dem Grafen Bülow an Energie und an Muth. Der Kronrath hat seinerzeit thatsächlich eine Umbildung der Regierung in diesem Sinne bringen sollen. Kurz vorher befand man sich eines anderen und schwenkte von neuem mit kräftigem Ruck nach rechts. Trotzdem wird man die gegenwärtige Stellung des Kaisers zur Sozialdemokratie sorgfältig im Gedächtnis behalten müssen. Vielleicht enthält sie Motive, die eher, als man es glaubt, zu einem jener kaiserlichen Augenblicksentschlüsse führen können, vor denen sämtliche heutigen Minister bis herauf zum Grafen Bülow in beständiger Furcht schweben.“ — Die Sauregurkenzeit ist zwar längst vorüber, in Halle scheint man jedoch noch mitten drin zu stehen, daß man es wagen kann, die Leser mit solchen Phantasieen zu traktieren.

**Der Achtung unwürdig!** Donnerstag wurde vor der Disziplinarkammer in Kassel gegen unseren Genossen, den früheren Oberpostpraktikanten Richard Wagner aus Hanau verhandelt. Die Dis-

ziplinarkammer erkannte, wie die „Allg. Ztg.“ berichtet, auf die Entlassung ohne Pension, weil Wagner in und außer Dienst sich der Achtung unwürdig gemacht habe, die sein Dienst verlange.“ Wagner, der persönlich erkrankten war, erklärte, Sozialdemokrat und Atheist zu sein. Seine Bitte, ihm Pension zu gewähren, weil er doch vierzehn Jahre im Postdienst gewesen, wurde völlig unberücksichtigt gelassen. — Der Prozeß bildet ein Denkmal von unserer Zeiten Schande. Dadurch, daß Wagner sich der Sozialdemokratie angeschlossen hat, der Partei, für die bei der letzten Wahl nicht weniger als über 3 Millionen Stimmen abgegeben wurden, soll er sich der „Achtung unwürdig“ gemacht haben! Die Herren, die über ihn zu Gericht saßen, empfinden offenbar nicht, wie lächerlich sie sich machten, als sie ein solches Diktum fällten. Im Uebrigen ist über den „Fall Wagner“ noch nicht das letzte Wort gesprochen. Im Reichstag wird Herr Kracke Rede und Antwort stehen müssen.

### Soldatenmißhandlungen und Sozialdemokratie.

Die ultramontane „Germania“ schreibt u. a.: „Inzwischen ist der Fall Breidenbach wieder Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten. Wir müssen aber unsere Forderung wiederholen, daß auch die übrigen Parteien endlich energischer gegen die Soldatenmißhandlungen auftreten und sie nicht dem Herrn Bebel zur Ausschächtung für die Sozialdemokratie überlassen. Der Militärverwaltung muß die bequeme Ausrede abgeschnitten werden, daß mit den Klagen über Soldatenmißhandlungen das Ansehen der Armee untergraben werden solle. Ehemalige Militärs, die in der Presse die Entrüstung über die Mißhandlungen zu beschwichtigen bemüht sind, führen gern an, daß es jetzt so viel unbotmäßige Elemente in der Armee gebe, weil so viele junge Leute schon vor ihrem Eintritt in diese Sozialdemokraten wären. Man stellt es so dar, als reizten die Agitatoren der Sozialdemokratie die Genossen im Heere zur Unbotmäßigkeit auf, und diese widerpenigen Elemente seien dann (neben der zweijährigen Dienstzeit mit ihren nervenzerstörenden Anstrengungen) die Ursache der Mißhandlungen. Das ist ganz und gar falsch. Erstens mahnen gerade die Sozialdemokraten die Soldaten, keine Dummheiten zu begehen, sondern sich zu fügen, um sich nicht unglücklich zu machen, und zweitens hört man auch nie, wenn gerichtlich über Soldatenmißhandlungen verhandelt wird, daß die Mißhandlungen unbotmäßige Sozialdemokraten gewesen seien. Umgekehrt, gerade durch die Mißhandlungen schafft man Sozialdemokraten. Niemanden kann es Wunder nehmen, wenn die jungen Leute empört und erbittert über diese Schindereien zur rothen Fahne überlaufen. So hat die Sozialdemokratie den doppelten Vorteil von den Mißhandlungen: sie schaffen ihr direkt Rekruten, und sie bieten ihr Stoff für die Agitation.“

**Sächsischer Wahl-„Reform“.** Wie die „Hilse“ aus Leipzig von ordnungsparteilicher Seite hört, hat die sächsische Regierung einen Wahlrechtsentwurf ausgearbeitet, über den am 13. September in der nationalliberalen Landesversammlung vertrauliche Mittheilungen gemacht wurden. Dem Entwurf liegt ein Kurien-system zu Grunde, und zwar sollen fünf Ständekurien und eine Kurie des allgemeinen Wahlsrechts gebildet werden. Die Kurie des allgemeinen Wahlsrechts hat 18 Abgeordnete zu ernennen, die übrigen fünf Kurien sollen durch Wahlen etwa aus folgenden Berufskreisen hervorgehen: 1. Handel, 2. Handwerk, 3. Landwirtschaft, 4. Beamte und Angestellte, 5. Reserveoffiziere, Professoren und sonstige Notabilitäten. — Danach scheint man also sich das österreichische Wahlrecht zum Muster genommen zu haben, wo es bekanntlich auch eine „Kurie“ des allgemeinen Wahlsrechts giebt. In dessen soll sich die sächsische Regierung nur nicht einbilden, daß sie damit Frieden im Lande bekommt. Das sächsische Volk wird nicht eher ruhen und rasten, bis es das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht durchgesetzt hat.

**Hüssener II.** Ein Unteroffizier der Marine, der sich in Bennedenstein am Harz auf Urlaub befand, stach in der Nacht zum Sonntag den beurlaubten Infanteristen Erdmann vom 71. Infanterieregiment auf der Straße derauf, daß Erdmann ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Unteroffizier soll dadurch gereizt worden sein, daß Erdmann beim Betreten der Gastwirtschaft, in der sich der Unteroffizier befand, nicht gegrüßt hat. — Wenn die Kriegsgerichte Fälle a la Hüssener so milde beurtheilen, wie geschehen, darf man sich wahrlich nicht wundern, wenn sich deraartige Fälle immer wiederholen.

**Die Hoser Wahl-„Krawalle“ vor Gericht.** Die Vorgänge in der Nacht der Reichstagswahl in Hof beschlagnahmten dieser Tage das dortige Schöffengericht. Die Ansicht, daß der Skandal hätte vermieden werden können, hätte die Polizei sich nicht hineingewischt, wurde durch die in der Verhandlung zu Tage getretenen Umstände zur Gewissheit. Die Erregung unter der Menge erreichte erst dann



Ihren Höhepunkt, als die Polizei — schnell wie sie nun einmal ist — eingriff. Die Entstehungsurache wurde auch in diesem Prozeß nicht bekannt. Fest steht nur, daß von der Menge (Weiber, Kinder, Sänglinge) geschrien wurde. In der Altstadt, wo die Menge sich staut, gelang es der Polizei einen Pfandwucher zu erwischen und festzunehmen, einen 20jährigen Fabrikarbeiter, der zu 21 Mt. Geldstrafe verurteilt wurde. Im Fabrikviertel, wohin man mit gezogenem Säbel die Menge zurückdrängte, soll nun der Schuhmacher B., der sich ein Glas Bier holen wollte, und beim Rufen der Menge die Straße entlang ging, geschrien haben, und bei seiner Verhaftung Widerstand geleistet haben. B. wurde auf Grund der bestimmten Paragraphen der Schutzleute zu 2 Wochen Haft und 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Und wie hatte die bürgerliche Presse nicht diese Dinge aufgekauft und zu einer halben Revolution umgedichtet!

**Vorbereitungen zu einem Zarenbesuch.** Aus Darmstadt wird dem „Offenbacher Abendblatt“ geschrieben: Noch ist „Bäterchen“ nicht im Hessenlande und schon ist man sich um die Sicherheit des hohen Gastes bedacht. Russische Geheimpolizei ist in mehr wie genügender Menge vorhanden; russische Stubirende werden mit bewundernswürdiger Aufmerksamkeit und Fürsorge bedacht. Man hat eben einen Polizeigentzen gesehen — da kommt auch schon ein zweiter und zieht Erlaubigungen ein. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß am 22. September ein russischer Studirender ohne eine besondere Veranlassung aus Darmstadt und aus Hessen überhaupt ausgewiesen wurde. Er wurde auf immer aus Hessen entfernt, wie es im amtlichen Bericht hieß. Man wollte dem Studirenden kaum ein paar Stunden Zeit gewähren, um die nötigen Reisevorbereitungen treffen zu können. Weßhalb die Ausweisung erfolgte, weiß man nicht, Gründe wurden nicht angegeben. — Hoffentlich werden unsere Genossen im Landtage diese „Aufmerksamkeiten“ der hessischen Regierung ins rechte Licht rücken. Es scheint nun schon mehr ein Akt internationaler Regierungshöflichkeit zu sein, zum Empfang eines ausländischen Potentaten dessen dort in der Fremde weilende Landesfinder schleunigst auf den Schuß zu bringen — falls es Arbeiter oder nicht begüterte Studenten sind.

**Handelsabkommen zwischen Deutschland und Argentinien?** Der „New-York Herald“ will wissen, Argentinien plane die Veretzung des Washingtoner Gesandten nach Berlin, um ein Handelsabkommen mit Deutschland abzuschließen.

**Der durchlauchtigste Mörder.** Das Disziplinarverfahren wegen der Verurteilung des Mörderprinzen im Gerichtsgefängnis in Hannover bringt immer mehr an den Tag, daß die Hauptschuld nicht bei den Unterbeamten, sondern höher hinauf zu suchen ist. Das geht schon aus der milden Bestrafung hervor, welche die Disziplinarcommission in Velle den Verurteilten der betreffenden Unterbeamten angedeihen ließ. Wie schon mitgeteilt, wurden zwei der angeklagten Anseher nur zu einem Verweis, ein Dritter zu 30 Mt. Geldstrafe verurteilt. Nach weiteren Meldungen verteidigten sich die angeklagten Anseher vor der Disziplinarcommission damit, daß das, was sie getan bzw. geduldet hätten, zum Teil von ihren Vorgesetzten angeordnet oder geduldet worden sei. Es hätte gar nicht in ihrer Macht gelegen, die dem Prinzen zu teil gewordenen Vergewaltigungen zu verhindern. Der Prinz durfte zum Beispiel nach Belieben Spaziergänge im Verwaltungsgelände unternehmen, der Anseher mußte den gefangenen Prinzen auf dessen Wunsch zu jeder Tageszeit aus der Zelle lassen. Diese Anordnung war getroffen mit Rücksicht auf das „Herzchen“, von dem der Prinz angeblich des öfteren besessen sein soll. Der Gefangene hat aber nicht nur am Tage, sondern auch des Nachts Herzklopfen bekommen, und die Anseher, die eine besondere Vorsicht für das Verhalten bei Nacht nicht erkalten hatten, haben keinen Anstand genommen, dem Prinzen auch des Nachts die Vergewaltigung der freien Bewegung außerhalb der Zelle zu gewähren. Diese Hilfsanseher sind, wie schon früher gemeldet, Lagerhelfer aus dem Dienste entlassen worden. Interessant ist auch die Feststellung, daß für das Gefängnispersonal die Anordnung bestand, den Strafgefangenen Arnsberg mit „Durchlaucht“ anzureden! — Ein jedes Gefängnis!

**Der Streit der Berliner Omnibus-Angestellten** ist nun doch zur Klappschiff geworden. Während am Mittwoch noch überausmässig geredet wurde (vergl. heutige Beilage), daß die Differenzen durch Entgegenkommen der Direktion beigelegt seien, wurde in einer Tagung der Arbeiter im Hagenhagenpark Saale, an der sich sämtliche Schaffner, Fahrer und Stallknecht der verschiedenen Omnibusgesellschaften beteiligten, die Arbeit niedergelassen. Die Angestellten sind am Donnerstag Morgen in den Streit getreten. Nach Angaben der Straßensicht beträgt die Zahl der Ausständigen gegen 800. Am meisten sind die Fahrer betroffen. Die Zahl der im Verkehr befindlichen Omnibusse hat sich im Laufe des Tages wiederholt verdoppelt, da einzelne Wagen nachträglich wegen Personalmangel eingesetzt werden mußten. Viele Wagen waren durch nichtkompetente Arbeitskräfte besetzt. Die Fahrgäste tragen gelbe, die Halbfahrer weiße Armbänder. Außerdem sind unbedeutende Reibereien verifiziert bisher alles ruhig. Die Fahrgäste werden von Polizeibeamten überwacht. Die Straßensicht hatte der Direktion wegen ein Schreiben geschickt, daß jedoch nicht angenommen wurde. Von den Straßensicht sind die Verurteilung des Gefängnisses geplant.

**Der Allgemeine Deutsche Verband tschechischer Zoll- und Steuerbeamten** mit dem Sitz Berlin hat den Reichstag eine Petition eingereicht, in der sehr ausführlich die Frage erörtert wird, welche Aufwendungen an die Fort- und Fachbildung der tschechischen tschechischen Beamten zu machen sind. Seine Zwecke hat der Verband in folgende Thesen zusammengefaßt: 1. Zum Inhalt in die tschechische Sprache der Zoll- und Steuerverwaltung herbeizuführen, einschließlich des Zungens der tschechischen Beamten, Anwaltschaften oder einer tschechischen Sprache. 2. Die Ausbildung der Beamten erfolgt auf einer von tschechischer Fachsprache. 3. Je allen tschechischen Beamten werden gleichmäßige Bestimmungen über die Fort- und Ausbildung der tschechischen Zoll- und Steuerbeamten getroffen.

**Kleine politische Nachrichten.** Die Wahl der Abgeordneten zum preussischen Abgeordnetenhaus findet am 20. November, nicht, wie „Wolffs Bureau“ meldete, am 19. November statt. — Wegen fahrlässigen Verraths militärischer Geheimnisse wurde die neueste Nummer der in Verlage der Hofbuchhandlung von S. Mittler u. Sohn in Berlin erscheinenden „Kriegstechnischen Zeitschrift“ mit Beschlag belegt. — Der „Köln. Zig.“ wird aus Berlin telegraphiert, daß der Präsident des Reichsgerichts zu Leipzig von Dehlschlager seine Entlassung aus dem Reichsdienst erbeten habe; er wolle zu Anfang Oktober in den Ruhestand treten. — Die Auflösung der Drechsler-Zwangsgewinnung in München ist in einer außerordentlichen Generalversammlung der Innung mit 60 gegen 11 Stimmen beschlossen worden. — Erschossen hat sich in Koblenz der Sergeant Benj. in der 8. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 68 in der Kaserne. Am Sonntag soll er in einem Nachbarn ein schweres Verbrechen begangen haben, das zur Anzeige gekommen ist. — Die sozialdemokratische Interpellation über die Paradeserien in den Berliner Schulen ist auch in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag nicht zur Verhandlung gelangt; sie wurde wegen Erkrankung eines Stadtverordneten, welcher zu der Sache sprechen wollte, von der Tagesordnung abgesetzt. — Der Führer Hüssener stellte gegen die „Eisener Volkszeitung“ Strafantrag wegen Beleidigung. Der Antrag wurde jedoch nach dem Hann. Cour. von der Eisener Staatsanwaltschaft nicht angenommen. — Der angeblich sozialdemokratische Rechtsanwalt Kaine aus Chauv-de-Fonds, der der schweizerischen Miliz als Trainepolstler angehört, hatte sich gelegentlich der jüngst abgehaltenen Manöver geweigert, dem Marschbefehl zu gehorchen. Er wurde, wie aus Freiburg gemeldet wird, zu drei Monaten Gefängnis, Degradation, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer eines Jahres und Zahlung der Prozeßkosten verurteilt. — Bei einer Explosion in dem österreichischen Sperrfort Sanders bei Fiumeritz in Tirol wurde am Mittwoch Nachmittag ein Artillerist getötet, zwei Mann fast lebensgefährlich, mehrere leicht verletzt worden. — Der in Rouen tagende internationale Friedenskongress lehnte auf Veranlassung der französischen Delegierten den Antrag der deutschen Friedensliga ab, den internationalen status quo grundsätzlich anzuerkennen. — Die jerbische Skupshtina tritt am 29. September zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. — Auf Ersuchen der Israeliten in Philadelphia kassierte das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten dem ameritanischen Geschäftsträger in Petersburg, daß er einen ausführlichen Bericht über die antisemitischen Ausschreitungen in Homel verlange.

### Rußland.

**Die Furcht vor der Revolution.** Man schreibt der „W. Arbeiterz.“ aus Rußland: Die sieben erschienenen sozialdemokratischen „Neuesten Nachrichten“ des jüdischen Arbeiterbundes“ in Rußland berichten von einigen bemerkenswerten offiziellen Agitationsversuchen gegen die revolutionäre Bewegung, in denen die Angst vor dieser deutlich zum Ausdruck kommt. Bei der Eidesleistung des Infanterie-Regiments Nr. 119 in Minsk hielt der Oberst desselben, Schupinski, an die Soldaten folgende Ansprache: „Brüder! Im Angesicht des Kreuzes und des Evangeliums schwört ihr heute bei Gott, daß ihr wahr und getreu dem Herrscher und dem Vaterlande dienen und sie vor dem äußeren und inneren Feinde verteidigen werdet. Was der äußere Feind ist, das wißt ihr alle; der innere Feind jedoch ist für einen gewöhnlichen Sterblichen nicht ohne Weiteres erkennbar: Das sind nicht die Engländer, die Deutschen oder die Chinesen, das sind Leute, die hier in Rußland leben und solche Flugblätter verbreiten. (Er zeigte dabei eine Proklamation der Militärlichen revolutionären Organisation, die sich mit der Soldatenmüßiggang beschäftigt.) Das sind Leute, die Gott und den Zaren verleugnen und unseres Glaubens spotten, daß der Zar der Gealbte Gottes sei. Wenn aber einer von Euch auch nur theilweise angeklagt ist, der wird begreifen, daß die vielen mißlungenen Attentate auf Zar Alexander II. der beste Beweis dafür ist, daß der Zar ein Geistesgestörter ist. Es sind Räuber und Tagediebe, welche arbeitslos sind und die den ehrlich erwerbenden Menschen gern ihr Vermögen rauben möchten, mit dem sie Gott für ihre Redlichkeit gesegnet hat. Als derartige Flugblätter am Sonntag verteilt wurden, hat einer von Euch den Juden, der dies that, festgenommen, und trotzdem er von anderen Juden überfallen wurde, ihn tapfer ins Gefängnis geschleppt. Dafür belohne ich ihn mit fünf Rubeln, und obwohl er schon bestraft ist, werde ich mich für ihn einsetzen, damit jene Strafe gestilgt und er zum Gefreiten ernannt wird. So wißt denn, daß der innere Feind möglicherweise mitten unter Euch, einer Eurer Kameraden ist, und nehmet Euch das Sorgen Eures eben belohnten Kameraden zum Muster; wer gleich ihm die Verbreiter solcher Flugblätter festnimmt, wird ebenso belohnt und zum Gefreiten erhoben.“ Der anwesende Rabbiner hielt hierauf an die jüdischen Soldaten dieses Regiments eine ähnliche Rede und wies mit Nachdruck darauf hin, daß nach den alten jüdischen Gesetzen derjenige, der sich gegen den Herrscher erhebe, mit dem Tode bestraft werden soll; sie mögen daher nicht revolutionär, sondern den Obrihten gegenüber gehorlich sein, das werde für sie und für das gesammte jüdische Volk von Vorteil sein.

### Oesterreich-Ungarn.

**Recht fürwirtsch** verließ die Donnerstag-Sitzung im ungarischen Abgeordnetenhaus. Kaum war die Sitzung eröffnet, so begabte es in böse Beschimpfungen auf den Grafen Kuzen, daß der Ministerpräsident im Einklang mit dem Grafen Kuzen, in der er kraft der kaiserlichen Ermächtigung den Reichsrath erläuterte, wonach die gemeinsame Anwesenheit beider bleiben soll, tief der Abg. Barabas bemerkte: „Wir glauben dem König nicht!“ Und nun gab es einen ungeheuren Lärm. Die Vertreter der Regierungspartei fanden vor dem Bänken auf und sprachen: „Schurke, Verräther!“ Auf Antrag des Reichsrathes wurde aber Barabas, da er sich in keinem Widerspruch befand, schließlich eine protokollierte Klage verhängt und dessen das Haus verläßt, bis sich das ungesetzliche Ministerium vorstellt wird.

### Cerbien.

Im Prozeß gegen die Kaiserlichen Verächter soll

es, entgegen den amtlichen Versicherungen, bereits am ersten Verhandlungstage sehr erregte Szenen gegeben haben. namentlich beim Verhör der angeklagten Hauptleute Kobkowitsch und Lazarowitsch. Mehrere Angeklagte forderten die Vernehmung von Zeugen, welche wissen sollen, daß die Offiziere, die das Königs-paar ermordeten, auch geplündert und geraubt haben. Dem todten König, behaupteten die Angeklagten, wurden mit den Säbeln die Finger abgehauen und die Ringe seiner Uhr gestohlen. Der Königin Draga wurde sämtliche Ringe und ein Brillantkollier gestohlen, das heute die Gemahlin eines verstorbenen Offiziers ihr eigen nenne. Die Kasse des Königs wurde erbrochen und alles Geld mitgenommen. Den Brüdern Lurjawa (Brüder Dragas) wurden Uhren, Ringe und Tabaksdosen entwendet. Nach vollbrachter That öffneten die Königs-mörder gewaltthätig Keller und Kichen und zwangen den Hof nach unter Todesdrohungen, ihnen ein Mahl zu bereiten. Zutritten von sieben um sie herumliegenden Leichen, so behaupteten die Angeklagten weiter, hätten die Mörder in Offiziersröcken stundenlang geschmaukt. Der Gerichtshof verweigerte die geforderte Zeugenvernehmung. Die meisten angeklagten Offiziere verzichteten auf das Recht, sich einen Verteidiger zu wählen. In der Verhandlung am Donnerstag wurden neun derselben verhöört. Sie erklärten, der Königsmord sei eine patriotische That gewesen, sie hätten sich jedoch durch das spätere Verhalten der Beschuldigten verleßt gefühlt.

### Balkan.

**Ein europäischer Kongress zur Regelung der Balkanfragen?** Wie ein Telegramm aus Rom berichtet, sollen Rußland und Oesterreich-Ungarn die Initiative ergriffen haben, damit im Einvernehmen mit den übrigen Mächten noch in diesem Winter ein europäischer Kongress zusammentritt, der die gesammten Balkanfragen regeln soll. — Die russische Regierung hat ein Communiqué erlassen über die mazedonische Bewegung, in dem sie ihre grundsätzliche Behandlung dieser Frage klarlegt. — Einer in Konstantinopel eingetroffenen Meldung zufolge haben aufständische Bulgaren die Moschee des Dorfes Boternan mit Dynamit in die Luft gesprengt.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 25. September.

Das Amtsblatt maufert sich. Während es bisher im Kampf gegen die Sozialdemokratie immer die Anwendung der schärfsten Gewaltmaßregeln in Vorschlag gebracht hat, kommt es nunmehr zu der jedenfalls durch die historischen Thatsachen bedingten Ueberzeugung, daß eine solche vom Hamburger Oberstabscheforgan, den „Hamb. Nachr.“ empfohlene Politik der Sozialdemokratie nur erneuten Zuwachs bringen würde. Deshalb empfiehlt es statt der Weisheit das Zudeckbrod, nämlich eine gesunde Sozialpolitik, die fortschreitend von der zunächst liegenden Fürsorge für die am meisten bedrängten Klassen unseres Volkes einen möglichst vollkommenen Ausbau der sozialen Fürsorge für alle wirtschaftlich Schwachen zu erreichen sucht. Diese Sozialpolitik darf aber nur „vernünftige Forderungen“ haben, d. h. sie darf dem Unternehmertum und der Regierung nicht allzu viel Geld kosten. Für eine durchgreifende Sozialreform ist man selbst dann nicht zu haben, wenn sie der Bekämpfung der Sozialdemokratie gelten würde. Netzte Sozialpolitiker! — Uebrigens sollte man annehmen, daß sich schließlich auch selbst den gerade nicht allzu hellen Köpfen im Adressbuche allmählich die Ueberzeugung von der Unschicklichkeit eines solchen Beginns aufdrängen müßte; gegen die Sozialdemokratie ist eben kein Kraut gewachsen!

Jeder Abonnent und Leser des „Lübecker Volksboten“ sollte es sich zur Pflicht machen, neben der täglich, ja stündlich zu entfallenden Agitation für das Parteiorgan die Mitarbeiterschaft an demselben nicht aus dem Auge zu lassen. Es ist nicht nötig, lange Berichte über das Vorgefallene zu schreiben, sondern nur die nackte wahre Thatsache der Redaktion auf einer Postkarte mit Namensunterschrift mitzutheilen. An jedem Tage ereignen sich Vorfälle, welche die Öffentlichkeit interessieren und mancher von unsern Lesern wird einmal durch Zufall Zeuge eines solchen Vorfalles, sei es nun ein Unfall oder sonst ein anderes Ereignis. Wir richten deshalb die Bitte an unsere Leser, uns stets mindestens per Postkarte Vorfälle, von denen sie annehmen, daß sie andere Leser auch interessieren würden, mitzutheilen. Bemerkten können wir, daß unsere wiederholten privaten Anregungen zum Mitarbeiten an unserer Zeitung nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind, denn in der That tragen immer mehr Genossen dazu bei, daß der lokale Theil unseres Organs immer mehr ausgebaut werden kann.

**Ein nettes Bild.** Seitens der Landwirtschaftskammer im Fürstenthum Lübeck ist als Vertreter bei der jedenfall am 1. Oktober zu eröffnenden hiesigen Produktionsbörse der Volkblutagrarien v. Levegom-Gielbeck erwählt worden. Dieser Agrarier, der selbst den agrarischen Mittergutsbesitzern in Oldenburg i. O. zu vollblütig ist, so daß sie ihn nicht als Landtagskandidaten aufstellen wollten, hat also mit Lübecker Kaufleuten Sig und Stimme in der Produktionsbörse. Wenn da nur nicht die hiesigen Handelsherren agrarisch verseucht werden.

**Blinder Lärm.** Gestern Abend wurde die Feuerwehr nach dem Hause Glockengießstraße 75 gerufen. Hier mußte jedoch Niemand etwas von Feuer, jedoch die Wehr unverrichteter Sache wieder umkehren mußte. Die angehellten Ermittlungen ergaben, daß ein kleiner Knabe die Feuerwehr alarmiert hatte, weil er aus einem benachbarten Hause Dualm aufsteigen sah. In Nr. 76 hatte der Ofen gequalmt.

**Glücklich gerettet.** In der Nähe der Konservenfabrik fürste gestern Mittag ein Knabe in den Kanal. Der Minister Pundt, durch das Geschrei anderer Kinder aufmerksam gemacht, rettete den dem Ertrinken nahen Knaben, indem er ihm seinen Mantel zureichte.

**Aus dem Gerichtssaal.** Von Erfolg gekrönt war die Berufung der Ehefrau Sch. aus Gömnitz, die am 15. August vom Gunner Schöffengericht zu 1 Woche Gefängnis wegen Körperverletzung verurteilt worden war. Die Angeklagte, die sich mit ihrer Nachbarin im streiten Streit befand, soll Letztere eines Tages mit einem Besenstiel auf den Kopf geschlagen haben. Die Strafkammer hob mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten das erstinstanzliche Urtheil auf und erkannte auf 20 Mt. Geldstrafe. — Der frühere Schlachter, jetzige Papierhändler B. häufig vorbestraft, kam am 29. Juni auf seiner Geschäftsreise in die Hohenlander Meierei. Da niemand in dem Hause anwesend war, entwendete er aus einem Zimmer eine an der Wand hängende silberne Damen-



Remontoiruhr, die er später in Oldenburg verfilberte. Er muß nun hierfür 1 Jahr im Gefängnis brammen. Außerdem erhielt er 3 Jahre Ehrverlust als Zugabe.

Wieder flott geworden ist der schwedische Schooner „Gasthalla“, der bekanntlich bei Kellenhusen getrandet war. Derselbe ist in Neustadt eingetroffen. Die Hälfte der Weizenladung ist verdorben.

Dem hiesigen Waisenhanse sind von einem Hamburger, der von 1843 bis 1851 Zögling desselben war, 10000 Mk. geschenkt worden.

Ein Fahrradwader ist in Hagenow in der Person des Tischlers L. Schauer verhaftet worden. Derselbe wollte dort auf einem Vergnügen ein fast neues Rad für 15 Mk. verkaufen. Da er sich über den Erwerb desselben nicht ausweisen konnte, erfolgte seine Festnahme. Nunmehr ist ermittelt, daß das Rad am 18. d. M. dem hiesigen Zahnarzt Lange in der Beckergrube entwendet worden ist.

Konturschließung. Ueber das Vermögen des Fischräucherers J. S. Ch. Boy, an der Mauer 81, ist am 24. September, Nachmittags 1 1/2 Uhr, das Kontursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Küstermann zum Kontursverwalter ernannt worden. Kontursforderungen sind bis zum 2. November beim Amtsgericht anzumelden. Erster Termin findet am 19. Oktober, Vormittags 9 1/2 Uhr, statt.

Die Wasserwärme des Krähentisches betrug gestern 15 1/2 Grad C.

Die Rothlaufseuche auf dem Grundstücke des Schlachters Nau, Schwartzauer Chaussee 12, ist erloschen.

pb. Eigentumsvergehen. Am 24. d. M. in der Zeit von 6 Uhr Nachmittags bis 9 1/2 Uhr Abends wurden einem in der Schwöneckenquerstraße wohnhaften Kaufmann aus seinem auf dem Hausflur stehenden unverriegelten Kleiderschrank ein graues Sommerjacket mit graubraunem Futter und braunen Hornknöpfen und ein blaugrauer Sommerüberzieher mit dunkelbraunem Futter und schwarzen Hornknöpfen im Gesamtwert von 120 Mk. gestohlen. — Gelegentlich des am Mittwoch in der Forsthalle stattgehabten Erntefestes sind aus der Garderobe folgende Sachen gestohlen: 1 hellgrauer Sommerüberzieher mit grauebem Futter und dem Monogramm „A. M.“, 1 grauer Damenumhang mit seidnem Futter, 1 schwarzer Schirm und 1 schwarzer Damenhut.

pb. Erwischt. Der flüchtige Hausdiener, der den Einbruch in der Meißerstraße ausführte, wurde gestern von einem ihm von hier nachgereisten Polizei-Wachmeister in Hamburg ergriffen und nach hier zurückgebracht. Bis auf 40 Mk., die er bereits verausgabt hatte, konnte ihm das gestohlene bzw. bei der Sparskaffe erhobene Geld wieder abgenommen werden. Auch die Sparschließbücher waren noch in seinem Besitz.

pb. Körperverletzung. Ein Handlungsgehilfe, welcher einen Kollegen in der Hühnerstraße mit einem Hausschlüssel ins Gesicht schlug, wurde wegen Körperverletzung zur Anzeige gebracht.

pb. Mißhandlung. Der Kutscher auf dem Hofe Niemark erstattete gegen den daselbst thätigen Vorarbeiter Anzeige wegen Mißhandlung.

pb. Unterschlagung. Gegen einen hier wohnhaften Agenten wurde Anzeige wegen Unterschlagung eines ihm geliehenen Fahrrades erstattet.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein unglücklicher Friedensstifter war ein Arbeiter in Wandsbeck. Er wollte einen Streit zweier Arbeiter schlichten, wurde aber von einem der Streitenden die Treppe hinunter geworfen und blieb sofort tot liegen. — In Brühl machte der Senator St. am Sonnabend seinem Leben durch Ertrinken im rothen See ein Ende. Das Motiv ist unbekannt. — Die Eröffnung des zweiten Freihaufens in Bremen wird um ein Jahr verschoben, da die Herstellung der Fundamente der Kaimauern und Molen durch ungünstige Wasserhältnisse beeinträchtigt ist. — Aus Walsrode in der Lüneburger Heide wird gemeldet: Auf der Pulverfabrik Bomlig, Gebrüder Wolff, flog ein Körnwert in die Luft. Der Arbeiter Brunner wurde getödtet.

Hamburg. Republikanische Freiheit. Die „freie“ Hansstadt kann es nicht lassen, von Zeit zu Zeit gewisse unanständige Manieren monarchischer Polizeiseelen nach zu fassen. Wiederholt hat sich diese „Republik“ damit beschmüht, daß sie Personen, die ihr aus irgend einem Grunde „unbecoem“ geworden waren, mir nichts dir nichts auszuweisen. Leute, die dort Aufenthalt nahmen, um den lästigen Polizeidiktatorien zu entgehen, mußten sehr bald ihre Hoffnung, dort eine sichere Stätte zu finden, elend schwinden sehen. Unser Magdeburger Parteiorgan ist in der Lage, zu diesem Kapitel einen neuen Beitrag zu liefern. Der Buchbinder L. S. K. a. K. o. h. l. aus Dresden wurde während der bekannten Unabhängigen-Bewegung aus

Breußen u. ausgewiesen, weil er angeblich „zum Klassenhaß aufgeheizt“ haben sollte. Sogar aus seiner Vaterstadt mußte er zwei Jahre lang fortbleiben, weil ihm die Polizei dort den Aufenthalt verbot! So von Ort zu Ort geheizt nahm K. nach seiner Rückkehr aus der Schweiz in dem Glauben, in der „Republik“ Hamburg vor politischer Belästigung sicher zu sein, dort Arbeit. Er trat weder öffentlich noch sonst agitatorisch hervor, betheiligte sich an keinerlei politischen Bestrebungen, sondern arbeitete ruhig und still als Arbeiter an dem Ausbau seiner gewerkschaftlichen Organisation. Aber selbst das ist ja bekanntlich gewissen Elementen im Staate ein „Staatsverbrechen“ und selbst in der „Republik“ Hamburg verpönt. Wie der „Magdb. Volksst.“ nämlich ein Privattelegramm meldet, ist K. dort gestern ohne Angabe von Gründen ausgewiesen worden!!! K. ist, wie so viele mit ihm, ein Opfer jener Hitze, die seit einiger Zeit wieder grassirt und vor welcher auch der Beste nicht sicher ist. In einer Zeit, wo der Polizeistaat Breußen selbst den russischen Schergen Knechtsdienste leistet (siehe den Fall Kalajeff u.), wundert man sich allerdings über nichts mehr. Die „Freiheit“ in der „Republik“ Hamburg aber wird durch diese neueste „Kuhmessthat“ wieder einmal aufs drastischste illustriert!

Hamburg. Vorüber Frauen in Hamburg nicht öffentlich sprechen dürfen. Man erinnert sich der Thatfache, daß die Delegierten des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine vor 2 Jahren förmlich aus dem ihnen eingeräumten Saale des Reichstagsgebäudes vertrieben wurden und dann die Generalversammlung in einem Lokale der Kommandantenstraße abhalten mußten. Veranlassung hierzu gab damals die Absicht der Polizei, die Generalversammlung polizeilich zu überwachen. Hiergegen aber lehnte sich die Leitung des Reichstagsgebäudes auf, weil die Polizei in den Hallen des Reichstagsgebäudes „nig tau seggen“ hätte. Ein ähnliches Mißgeschick waltet über der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes, die vom 27. September bis 1. Oktober cr. nach Hamburg einberufen ist. Wie die Vorsitzende, Frau Minna Cauer, in einer im Berliner Urtheilshause tagenden Versammlung des Vereins „Frauenwohl“ bekannt gab, ist es diesmal der Hamburger Senat, der Schwierigkeiten macht. Er will absolut nicht zugeben, daß in Hamburg über das Thema „Der Kampf gegen die Prostitution“ referirt und diskutiert werde, da von der Besprechung dieser Eittlichkeitsfrage eine „Beunruhigung des öffentlichen Friedens“ zu befürchten sei. Um nun dieses für den 29. September auf die Tagesordnung gesetzte Thema nicht ausfallen zu lassen, muß die Generalversammlung an diesem Tage in — Altona tagen, während sie die übrigen Verhandlungsgegenstände in Hamburg erledigt. Die Stellung des Hamburger Senats in dieser Angelegenheit ist — wie die Rednerin betonte — um so befremdlicher, als Männerversammlungen in Hamburg das angefochtene Thema unbeanstandet öffentlich behandeln dürfen, das gerade für Hamburg mit seinen zahlreichen Bordellen ein erhöhtes Interesse hat. — Juristenlogik!

Hamburg. Venezolanisch-Deutsches. Unter dieser Ueberschrift erschien im „Hamb. Echo“ eine Wochenplauderei, welche in humoristisch-satirischer Form die Vorbereitungen zum „Kouponskrieg“ mit dem banteronten Venezuela schilderte. Der Reichstagsler Bülow unterhält sich über diese Vorbereitungen mit — ja mit wem? — Außerdem wurden gewisse Unformlichkeiten besprochen. Der Artikel wurde hier zunächst nicht beanstandet, wohl aber von der Königsberger Staatsanwaltschaft, die gegen unser dortiges Parteiorgan vorging, daß die Plauderei zum Ausdruck gebracht hatte. Der verantwortliche Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ wurde wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Nachdem fünf Monate verstrichen waren, wurde auch Genosse Wabersky, damaliger Verantwortlicher des „S. C.“, wegen Majestätsbeleidigung in den Anklagezustand versetzt. Die Anklage nimmt an, daß in der Plauderei zum Ausdruck gebracht werde, daß der Kaiser lediglich von Neuzerlichkeiten geleitet, in ganz leichfertiger Weise seine Zustimmung zu dem Vorgehen des Deutschen Reiches gegen Venezuela erteilt habe. In dem Artikel werde auch ein erdichtetes Telephongespräch wiedergegeben, das der Reichstagsler Graf Bülow mit einer anderen Stelle gehabt haben solle. Diese andere Stelle könne nur der Kaiser sein, wie aus dem Inhalt des Gesprächs hervorgehe. Seitens unseres Genossen und des Vertheidigers wurde darauf hingewiesen, daß mit dieser Stelle das Marineministerium gemeint sei. Der Staatsanwalt war jedoch anderer Meinung und beantragte „nur“ fünf Monate Gefängniß, die Vorstrafen des Ange-

klagten als strafschwerend in Betracht ziehend. Ferner erhob er gegen den Angeklagten den Vorwurf, bei ihm sei eine Sucht zum Beleidigen vorherrschend; dieser wies den Vorwurf mit aller Schärfe zurück. Das Gericht verurtheilte unseren Genossen zu drei Monaten Festungshaft, welche Strafe mit der vor einiger Zeit wegen Majestätsbeleidigung erkannten Strafe von drei Monaten zusammengezogen sei in eine Gesamtstrafe von 4 Monaten 14 Tagen Festungshaft.

Hadersleben. Vom Dänenkoller. Im Kreise Hadersleben sind, wie die „Schl. Grenzpost“ meldet, durch Disziplinargericht die Gemeindevorsteher Naavn in Brandrup und Thuejen in Auset als ungeeignet zur weiteren Führung ihres Ehrenamtes erklärt worden, weil sie bei der letzten Reichstagswahl für den Protestkandidaten J. Jensen ihre Stimme abgegeben haben. Im Kreise Lönber sind Hansen in Ottersbüll und der Hofbesitzer Mathiesen in Lude bei Randerup zum Optanten erklärt worden. Diese beiden Männer haben daher, nebst den beiden erwachsenen Söhnen Mathiesens, von denen der eine schon zwei Jahre als preussischer Soldat gedient hat, ihre Eigenschaft als preussische Staatsangehörigkeit eingebüßt. Es schwebt außerdem das Verhängniß der Ausweisung über ihnen. Und durch solche Maßnahmen glaubt man das Dänenthum erfolgreich bekämpfen zu können. Thörichtes Glauben!

Sternberg. Vom mecklenburgischen Schul-eleud. Der Lehrermangel in Mecklenburg führt bei der ausschließlichen Verwaltung von Schulstellen zu unhaltbaren Maßnahmen. So unterrichtet z. B. der zweite Lehrer Hagen aus Hohen-Brig, der außer der zweiten auch noch die erste Schulkasse in Hohen-Brig verwaltet, jetzt täglich drei Stunden in der Schule zu Kobrow, wo seit dem 1. Juli d. Js. kein Unterricht mehr erteilt ist. Die Entfernung von Hohen-Brig nach Kobrow beträgt 10 Kilometer. Der Lehrer H. unterrichtet also an einem Tage drei Schulklassen, die im ganzen vielleicht 8 bis 10 Abtheilungen haben, und macht dabei täglich einen Weg von 20 Kilometern; eine Arbeitsleistung, bei der natürlich weder Schüler noch Lehrer zu ihrem Recht kommen können.

Güstrow. Das Schwurgericht verurtheilte die Zimmermannsrau Michaelis in Stavenhagen, welche angeklagt war, am 22. Juli auf dem Grundstück ihres Ehemannes ein Hintergebäude in Brand gesetzt zu haben, um die hohe Versicherungssumme zu erhalten, zu zwei Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. — Das Kontrollmädchen Anna Sab zu Wismar, das am 22. Mai das Mädchen Kern mit einer brennenden Lampe so unglücklich bewarf, daß diese an den erlittenen Brandwunden verstarb, wurde mangelnder Beweise halber freigesprochen. Die Angeklagte hatte behauptet, daß ihr bei einem Streite zwischen beiden die Lampe aus der Hand gerissen worden sei und sie nicht mit dieser geworden habe.

### Letzte Nachrichten.

Köln. Arbeiterrisiko. Auf der Aktienbrauerei im benachbarten Kalk stürzte der Betonboden eines Neubaus ein. Fünf Personen wurden verschüttet; davon sind 1 todt, 3 schwer und 1 leicht verletzt.

Bilzen. Sich selbst gerichtet. Der vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung des Maurers Laskott zum Tode verurtheilte 21jährige Swale hat sich 1/2 Stunde vor der Hinrichtung in seiner Zelle erhängt.

Smyrna. Ein verdächtiger Fall ist hier Mittwoch vorgekommen.

New-York. Ueberfall eines Eisenbahnzuges. In der Nähe von Portland (Oregon) hielten vier maskirte Männer einen Schnellzug an und sprengten einen irrtümlich für den Postwagen gehaltenen Gepäckwagen mit Dynamit. Einer der Räuber wurde von einem Bahnbeamten erschossen, die übrigen entkamen ohne Beute. Durch einen unglücklichen Zufall wurde auch der Lokomotivführer durch einen Schuß tödtlich verwundet.

### Sternschau-Schwartzk.

Hamburg, 24. September.

Der Schweinehandel verlief still, ruhig. Zufgeführt wurden 1500 Stück. Preis: Sengschwein — 51, Berlarischweine, schwere 52—54 Mk., leichte 52—54 Mark, Sauen 42—48 Mk. und Ferkel 47—52 Mk. pro 150 Pfund.

Geboren ein kräftiger Junge.  
Joh. Cloppatt und Frau,  
geb. Schlächting.  
Aeltere Frau, alleinstehend, ohne Anhang,  
rüstig zur Hilfe im häuslichen, gesucht  
Santstraße 43 c, part.  
Ein kleiner eiserner Ringofen  
zu kaufen gesucht.  
Offerten unter A 86 die Exp. d. B.



Neu aufgenommen:  
**Damen- u. Kinder-Konfektion.**  
Damen-Jacketts . . . 3.50, 5, 7, 9, 12, 14 bis 25 Mk.  
Damen-Kragen . . . 5, 6.50, 8, 10.50, 13, 16 bis 21 Mk.  
Kostüm-Röcke 2.75, 3.50, 4.75, 5.80, 6.50, 9 bis 14 Mk.  
Kinder-Jacketts 1.75, 2.50, 3.60, 4.30, 5.50, 7 b. 9.75 Mk.  
Kinder-Kleidchen 1, 1.30, 1.80, 2.40, 3, 3.75 bis 5.50 Mk.  
**Bahr & Umlandt**  
Inhaber Adolf Bahr.  
31 Breitestraße 31.

Zu vermieten zum 1. Oktober  
Brögestr. 15: Etage (3 Zimmer).  
Eine freundl. Stube zu vermieten.  
Langer Lohberg 21/7.  
Gesucht zu jogleich ein älteres Mädchen  
oder Frau in einem einfachen Hausstand als  
Haushälterin.  
Näheres Steinraderweg 9a  
An verkaufen 1 Tisch, 4 kleiner Kober-  
tische, Blumentisch, Rauchtisch u. m. kl.  
Gegeht.  
Meißerstraße 4.

**Seringe**  
4 Stück 10 Pfg. empfiehlt  
T. Bahrmann, Holstenstr. 23.  
**Kleines Haus  
im Kleinen Kiezau**  
Sofort billigst zu verkaufen.  
Näheres Klementswiete 1a.

1 Posten  
angefäubte Damen- u.  
Kinderwäsche  
ganz unter Preis.  
**Ernst Umlandt**  
Mühlentw. 30/32. Ecke Kapitellstr.  
Fetten und magern Speck per Pfd. 70 Pfg.,  
Schweinefleisch 60 Pfg., dicke Fleisch 70 Pfg.,  
gekochte Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst 70 Pfg.,  
bestes Schmalz 70 Pfg., Franchweiger Wurst  
50 Pfg., Krahwurst 50 Pfg., frisches Kopfschmalz  
30 Pfg., Brot- und Grützwurst à 10 Pfg. —  
Jeden Sonnabend 5 Uhr warme Knackwurst.  
**M. Lahrtz, Röttcherstraße**  
Ferneprecher 1291.

Empfehle  
prima junges  
Suppenfleisch,  
feines Beefsteak  
sowie frische  
Leberwurst u. gekochte Mettwurst.  
**Fran S. Becker u. Ernst Walk**  
Fischergrube 23. Dankwartstr. 31.



**Große Auswahl!**

in sämtlichen Abteilungen  
meines

**Manufakturwaaren-  
Lagers!**

Trotzdem gebe grüne Rabattmarken.

**Harry Dahm**

Königsstraße 91. Ecke Wahnstraße.

U. A. empfehle mein großes Lager in  
**Bettfedern u. Daunen**

nur doppelt gereinigte und entstaubte  
Qualitäten

Pfund 35, 50, 75 Pfg., 1.00, 1.20, 1.60, 2.00 b. 7 Mk.

Billigste Bezugsquelle für  
**= Fertige Betten. =**



**Billigste Preise!**

**Ein Waggon Steingut**

eingetroffen.

Wasch-Garnituren 1.90, 2.60 bis 15.00 Mk.  
Essteller, flach und tief, 6, 7 und 8 Pfg.  
Satz Schüsseln, 4 Stück 50 Pfg., 6 Stück 1.00 Mk.  
Beischüsseln 10, 25, 30, 40 und 50 Pfg.  
Bratenschüsseln nur 20, 35 und 45 Pfg.  
Vorratstonnen nur 35, 50 und 60 Pfg.

**Riesen-Bazar, Breitestr. 33.**

**Fahrräder**

Tourenräder Mk. 100.  
Halbrenner Mk. 125.  
Mantel per Stück Mk. 6.50.  
Schläuche von Mk. 3.50 an.  
Accorpleon-Laternen Mk. 3.  
Sättel, hochfein, Mk. 3.00.  
Pedale, „ „ Mk. 3.50.  
Cellaternen, tadellos, Mk. 1.00.

Jede Reparatur fachgemäß sofort.

**H. A. Hill, Größtes Fahrradhaus,**  
Johannisstraße 9.

Schweinefleisch per Pfd. 60 Pf.  
Bündelfleisch - 50 -  
Carbonade - 70 -  
Gekochten Schinken - 100 -  
Gek. u. Leberwurst - 60 -  
Grauschweiger - 50 -

**W. Strohsfeldt,**

Blodengischerstraße 73  
Rathshausen Nr. 13 und 14

**General-Versammlung**

d. Kranken- u. Sterbekasse Amicitia

(E. d. Nr. 18 in Lübeck)

am Sonnabend den 26. Sept.

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 34 35

Tages-Ordnung:

1. Statutenänderung, 2. Berichtverles.

Des Vorsitzenden der Krankenkasse u. des Vorstand

Gasthof

**„Stadt Schleswig“**

14 Hundestrasse 14.

**Groß. Bettichfest**

verbunden mit Konzert

am Sonnabend den 26. Sept.

Anfang Abends 8 Uhr.

Ausverkauf von H. Hansen-Bier.

Mischkaffee Wein

**H. Eisbein mit Sauerkohl**

Spiegel lobt begeistert an

J. C. B. Schmehl.

Polster- und Tapezirer-Arbeiten  
werden gut und billig angefertigt unter Garantie.  
Besuche genügt. **Aug. Kurmeister**  
30 b. Steinraderweg 30 b.

Sein Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.

Die **Neue Zeit** Wochenschrift  
der Deutschen Sozial-  
demokratie. Redigiert von  
Karl Kautsky

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5575

Preis pro Quartal Mk. 3.25, des einzelnen Heftes 25 Pfennig.

Die **Gleichheit** Zeitschrift  
für die Interessen der  
Arbeiterinnen Redigiert  
von Alara Zetkin

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3189

Preis p. Quart. 55 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der **Wahre Jacob**

Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt

Redigiert von S. Heymann

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5229

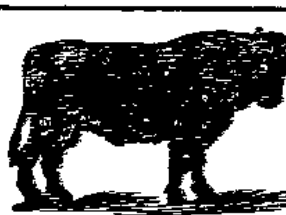
Preis pro Quartal 65 Pf., der einzelnen Nummer 19 Pf.

**Scherm's  
Reisehandbuch**  
für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte

- Preis 1.50 Mk. -

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.



Empfehle:  
Prima Kalbfleisch Pfd. 50 Pfg.  
„ Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg.  
„ Carbonade Pfd. 70 Pfg.  
Prima fettes Quecksilber Pfd. 55 u. 60 Pf.  
sowie sämtliche Wurstsorten.

**Alb. Hidde, Reiferstrasse 8.**  
Markthausgrund 21.

**Enorm**

ist unsere Auswahl in

**eleganten Kleiderstoffen.**

Zebelin, rein Wolle, von 1.25 bis 4.50 Mk.  
Koppen, „ „ von 98 Pfg. „ 3.95 „  
Satin, „ „ von 1.28 „ 4.20 „  
Cheviot, „ „ von 85 Pfg. „ 3.75 „  
Tuche (elegante Farben) von 1.90 „ 5.00 „

**Abtheilung Gardinen,**

weiß und creme,

per Meter 28, 30, 35, 40, 48, 52, 58, 60, 65, 68, 70, 75, 80, 85, 90 bis 1.95 Mk.

Spachtel-Nouveau.

**Normal-Unterzeuge.**

Herrn-Unterhemden . . . . . von 90 Pfg. bis 6.50 Mk.  
„ Unterjacken . . . . . „ 85 „ „ 4.80 „  
„ Unterhosen . . . . . „ 88 „ „ 4.95 „  
Damen-Unterhemden . . . . . „ 85 „ „ 4.25 „  
„ Unterjacken . . . . . „ 78 „ „ 4.10 „  
Kinder-Unterzeuge in allen Größen und Preislagen.

**Wollgarne**

äußerst preiswerth von 1.30 bis 3.80 das Pfund.

Landgarn, ungewaschen, 1/2 Pfd. 65 Pfg.

Landgarn, gewaschen, 1/2 Pfd. 82 Pfg.

**Damen-Unterröcke**

in Velour, Tuch und Moiré von 88 Pfg. bis 14 Mk.

Spezialität:

**Betten, Bettfedern und Daunen.**

Fertige Betten von 12.80, 20, 24.50 bis 110 Mk.

**Mædige, Deckenbrock & Ahrens.**

Königsstraße, Ecke Süßstraße.

**Wilhelm-Theater.**

Für die Winteraison halte meine Lokalitäten mit vollständiger Bühne, großem und kleinem

Saal, zur Abhaltung von

**Privat- und Vereinsfestlichkeiten**

belehens empfohlen. Die neu renovirten 5 Regelbahnen sind noch für einige Abende der Woche frei

Hochachtungsvoll

Johs. Dührkop.

**Zwetschen**

Freitag u. Sonnabend u. d. Bahn  
beim Gültgutshuppen,  
voraussichtlich letzte Sendung.  
prima vollsaftige  
Thüringer Frucht,  
das Beste was es giebt,  
das Pfund 10 Pfennig.

**Recknagel's Restaurant**

Genierstrasse 30.

Sonntag den 27. September 1903

Erstes grosses

**Gänse u. Karpfen-  
Berkegeln.**

Anfang Nachmittags 4 Uhr.

Hierzu ladet freudl. ein

A. Recknagel.

**Circus Variété**

Jean Bayer

in seinem Repertoire und das wunderbare

**Eröffnungsprogramm.**  
Anfang 8 Uhr.

**Stadt-Theater**

7 1/2 Uhr. Sonnabend den 26. September.

Außer Abonnement Erste Volks- und Schüler-

Vorstellung.

Gastspiel Carl Sartory vom Deutschen

Schauspielhaus in Hamburg.

**Die Räuber.**

Sonntag den 27. September 1903.

Novität! Novität!

1. Ab. 8 Uhr. 2. Ab. 1. Ab. i. Sonntags-Ab.

**Der Hochtourist.**

Verantwortlicher Redakteur für den gewöhnlichen Theil der Zeitung: Alfred Schmehl, Lübeck, mit Nachdruckvermerk, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Samara, Lübeck, mit Nachdruckvermerk, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Samara, Lübeck, mit Nachdruckvermerk.



## Der Parteitag im Lichte der Parteipresse.

Bei der unzweifelhaften Wichtigkeit des Dresdener Parteitages für das innere Parteileben haben die Parteigenossen sicherlich ein Recht darauf, zu erfahren, wie sich die einzelnen Parteiorgane über die Vorgänge in Dresden äußern. Da es uns infolge der Beschränktheit des uns zur Verfügung stehenden Raumes nicht möglich ist, alle Pressstimmen wieder zu geben, so wollen wir unsere Mitteilungen nur auf die nach unserer Ansicht typischen beschränken. Allgemein überwiegt der Ausdruck des Bedauerns, daß es zu so heftigen persönlichen Erörterungen gekommen ist; vielfach wird auch deutlich gesagt, daß die Schuld hierfür diejenigen trifft, die da glaubten, ihre eigenen Verfehlungen ungeschehen zu machen, wenn sie die Ankläger anschwärzten. Allgemein wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Partei nunmehr wenigstens eine Zeitlang von Verbesserungsversuchen verschont bleiben möchte, womit auch die Ursachen vieler persönlicher Konflikte aus dem Wege geräumt würden. Hören wir zunächst, was unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, über den Parteitag zu sagen hat. Am Sonntag schon gab er in einem vorläufigen Artikel seinem Bedauern Ausdruck, daß dieser Parteitag so viel Unerquickliches bot. In der Dienstagnummer bringt er einen ausführlichen Artikel, aus dem wir hier einige Stellen wiedergeben:

Wären dem Parteitag mehr sachliche Aufgaben gestellt und wäre ihre Behandlung gut vorbereitet worden, so hätte der Parteitag diesen Dingen seine Kraft gewidmet, und es wäre schon von vornherein nicht genug Zeit vorhanden gewesen, um sie überreichlich auf unbehagliche Personalien zu verschwenden. Da solche Aufgaben nicht vorlagen, wurde der Parteitag zu dem ungewöhnlichen Schritt gedrängt, für eine Angelegenheit, die sicherlich nicht ersten Ranges ist, unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Hierdurch wurden in der Debatte über die Mitarbeit an der „Zukunft“ die Redner verleitet, in breiter Weise alles auszuladen, was sie über die einzelnen Personen, die dabei in Frage kamen, ausgespielt hatten. Es war völlig unnötig, die Angelegenheit des Genossen Mehring vor den Parteitag zu ziehen. Wenn Parteigenossen über die Mehrzahl der Mitteilungen gewannen, die nach ihrer Meinung ihr für die von ihm eingenommene Parteistellung unwürdig erscheinen ließen, so war es ihre Pflicht, der Parteileitung die Angelegenheit zu unterbreiten. Wir halten dies für nötig, nicht um etwas vor der weiteren Öffentlichkeit zu verheimlichen, sondern um die kostbare Zeit eines Parteitages zu schonen. Aus diesem selben Grunde aber ist auch die Behandlung der gesamten „Zukunft“-Angelegenheit keine richtige gewesen, gerade der Verlauf und das Ergebnis der Debatte haben uns vollends überzeugt, daß das Gleiche zu erreichen gewesen ist, ohne die Herausbeschwörung einer 21-tägigen furchterlichen Debatte.

Auch das Verfahren des Parteitages in der Taktikdiskussion war kein glückliches. Auch hier war die unbeschränkte Redezeit nicht das Richtige; man hätte gewiß besser gethan, einem Referenten und einem Korreferenten je eine Stunde Redezeit zu geben und den übrigen Rednern je 20 Minuten. Wir sind eine demokratische Partei, und die überaus lange Rednerliste zeigte, wie zahlreiche Delegierte ein Wort zu dieser Frage zu sagen wünschten. Bei dem Verfahren, das der Parteitag, wie uns scheint, ohne genügende Vorausicht der Folgen seines Beschlusses, einschlug, erlebten wir dreistündigen Redner Einzelner, während die große Mehrzahl der in die Rednerliste Eingezeichneten nicht zum Wort gelangte. Auch unserer Redaktion, wie wir nicht umhin können festzustellen, ist so die Möglichkeit genommen worden, ihre eigenen Anschauungen vor dem Parteitag zu vertreten, nachdem sie durch Bebel heftig angegriffen worden war.

Ein anderer und noch weit beträchtlicherer Mangel in

der Behandlung der Taktikfrage hat sich aber darin herausgestellt, daß unter den leitenden Instanzen unserer Partei nicht diejenige ununterbrochene und innige Fühlung vorhanden ist die das Wohl der Partei fordert.

Das Ergebnis der Taktikdebatte ist die Abweisung aller etwaigen Reigungen, den Klassenkampf des Proletariats abzuspumpen und durch eine weiche Taktik die Siegesaussichten unseres Kampfes zu verschlechtern. Bedurfte es zu dieser Befundung der Aktion, die wir in Dresden erlebten? Wir bestreiten es. Wir meinen, daß in den heftigen Auseinandersetzungen, die zu diesem Ergebnis führten, ebenso vieles Unnötige, oder keineswegs Erhebende hätte vermieden werden können, wie es vermieden worden ist in der Differenz zwischen Genossen Bebel und unserer Redaktion. Diese Differenz erschien vor dem Parteitag bei Feind und Freund von großer Tragweite, man erwartete Enthüllungen und Erschütterungen; ein Parteiblatt selbst hatte die Nichtaufnahme der Erklärungen des Genossen Bebel durch unsere Redaktion als „den Höhepunkt der Vertuschungskampagne“ bezeichnet. Eine Aussprache im kleineren Kreise zeigte allen Beteiligten, daß die Angelegenheit sehr harmlos lag, und daß vor allem die Vermuthung einer Fälschung gegenüber Bebel eine Unsinnsfrage war. Der Parteitag kam so über diese Angelegenheit verhältnismäßig schnell und ohne wirbige Episoden hinweg. Der Fall lehrt, daß eine verständige Aussprache viel erreichen kann und daß es nicht immer, weder in persönlichen, noch auch in sachlichen Fragen, erst nötig ist, sich bis zur Ehrenkränkung herabzulassen, um dann schließlich verlustreichen Frieden zu schließen. Es ist aber ein Uebelstand, daß unsere Parteileitung zuweilen in entscheidenden Momenten überhaupt nicht zu gemeinsamer Berathung zusammentritt. Genosse Bebel führte aus, daß die Aufweisung der Revisorfrage nicht ein Erzeugnis der politischen Sommerhitze sei, sondern daß solche Fragen eben gerade in dieser Zeit zur Erörterung gelangen, weil in der Parlamentarzeit anderes in Anspruch nimmt. Wenn das der Fall ist, dann ist es aber ein unheilbarer Zustand, daß in der Zeit, da Lebensfragen der Partei zu allgemeiner und erregter Erörterung gelangen, die Parteileitung, die in unserer Partei niemals eine bloße Kassen- und Geschäfts-Verwaltungsstelle war, monatelang nicht verammelt ist, daß das einflussreichste Mitglied der Parteileitung fern vom Sitz der Parteileitung und des Zentralorgans der Partei weilt. Wir sind absolut überzeugt, daß die Taktikdebatte in Dresden sich in ganz anderer Art abgepielt hätte, wenn unser Bebel die Monate vor dem Parteitag mit uns anderen in persönlicher Aussprache hätte sein können.

Das „Hamb. Echo“ kommt zu folgendem Schlusse: „Alles in allem: Der Parteitag hat in einer hochwichtigen, ja der allerwichtigsten Frage eine Entscheidung gefällt, durch welche eine unerquickliche Situation geklärt wird. Von den Vertretern der Sozialdemokratie ist mit aller wünschenswerthen Entschiedenheit dokumentiert worden, daß das deutsche Proletariat nicht für irgendwelche Fuderwasserpolitik zu haben ist, daß die deutsche Arbeiterklasse nichts von Anschlägen an Theile der Bourgeoisie, nichts von Konzeptionen irgendwelcher Art wissen, sondern in Erkenntnis der Klassegegensätze nach guter alter Weise den Kampf allein, aber auch rückwärtslos führen will. Mit dieser Erklärung vernichtet sie die Hoffnung ihrer Gegner auf eine „Rausierung“ in Prinzip und in Richtung der Taktik. Vor dem Werth dieser Erklärung verschwindet das, was Bedenken erregen konnte, in den Hintergrund. Und wenn wir den Dresdener Parteitag nicht mit hochgestimmten Freudenartikeln abthun können, sondern da und dort Kritik üben müssen, so sagen wir: Die Parteitage sind keineswegs Demonstrationen, wir kommen nicht zusammen, um uns gegenseitig zu loben und rosa zu malen. Die Parteitage sind dazu da, die Parteiangelegenheiten zu erörtern, und daß dies gründlich geschieht, liegt im Interesse der Sozialdemokratie. Dieser Aufgabe hat auch der Dresdener Parteitag sich gewidmet, und aus der Menge des Nebensächlichen tritt hervor das stolze Be-

kenntnis: Wir fahren fort, den Kampf zu führen und denken nicht an Nachgeben und Zugeben!“

Ganz unzufrieden mit dem Parteitag ist Gen. Peus. Er schreibt im „Volksblatt für Anhalt“, daß der Dresdener Parteitag das Geld nicht werth sei, das er gekostet habe, und beschäftigt sich dann vornehmlich mit dem Genossen Bebel. „Die Erbitterung ward in die Debatte dadurch hineingebracht, daß man schon vor dem Parteitag wie erst recht auf dem Parteitag denen, die bisher an der bürgerlichen Presse mitgearbeitet haben, die allergemeinsten Motive zu diesem ihrem Thun unterschoß, daß man that, als sei es gar nicht möglich, daß die Betreffenden hätten glauben können, vielleicht doch auch plausible Gründe für ihr bisheriges Thun gehabt zu haben, und daß man auch das nicht in Betracht zog, daß die Betreffenden vielleicht nicht ernsthaft genug über die Sache nachgedacht hätten. Nein, man fand die Erklärung nur darin, daß man die Betreffenden einfach als Männer ohne jedes Ehrgefühl hinstellte. Und diese äußerst gehässige Handlungsweise geflattete sich der bisher angesehenste Führer der Partei, August Bebel. . . Was bietet uns aber die Erklärung für dieses fatale Vorgehen Bebels? Seine alles Maß vergebende Leidenschaftlichkeit, die Herrliches leistet, wenn sie, wie das ja glücklicherweise meist der Fall ist, für eine gute Sache lichterloh erglüht, die aber auch schwer zerstörend wirkt, wenn sie nur für das eigene Ich in Aktion tritt. Und dieser Gefahr ist August Bebel ausgelegt. Seine ganz beispiellosen Erfolge haben sein Selbstbewußtsein in einem Grade gesteigert, daß er in der leidenschaftlichen Vertretung seiner Meinung vor seinem Mittel mehr zurückschreckt, daß ihm niemand mehr imponiren kann, daß er vor keiner Person so viel Achtung empfindet, um nicht das Allerbeste gegen sie zu wagen. . . Der Dresdener Parteitag hat das Ansehen Bebels gerade innerhalb der Partei auf das Allertiefste erschüttert.“

Wenig urtheilt die „Rheinische Zeitung“ in Köln: „Es muß gesagt werden: wir müssen uns des Dresdener Parteitages schämen. Er hat keine der Hoffnungen erfüllt, die wir an den ersten Parteitag nach den Siegestagen des Junius stellen durften; er hat im Gegentheil nicht nur nichts geleistet, sondern der Partei schwer vermindlichen Schaden zugefügt — einen Schaden, der auszufressen gerade diejenigen verurtheilt sind, die am wenigsten dafür verantwortlich gemacht werden dürfen, und die andererseits am wenigsten eine Erschwerung ihrer mühsamen Arbeit ertragen können.“

In der „Frankfurter Volksstimme“ schreibt Genosse Quarta. a.: „Wie Bebels großer Aufschwung in der „Neuen Zeit“, so war sein Referat (über die Taktik) nur eine Aneinanderreihung von gewiß ehrlich gemeinten Bedenken und Angriffen, alles in glänzender rhetorischer Form, aber keine sachliche Erörterung. Kautsky schien gründlicher zu sein, war es aber doch nicht. Er sprach alte, gute Erfahrungswörter und Programmätze unserer Klassenkampftheorie hart und klar aus, ging aber auf die Mannigfaltigkeit neuer Kampfmethoden, die uns die Entwicklung gebracht hat, und ihre Ausnutzung für unser gemeinsames Ziel, wie so oft schon, kaum ein. So sprachen Bebel, Kautsky und andere einseitig, Auer, Bollmar und andere nebeneinander weg, nicht gegeneinander. So kam es, daß ein alter bewährter Parteigenosse, wie Molkenbuhr, dem gewiß der proletarische Standpunkt von niemanden abgesprochen werden kann, vor einer prinzipiellen Resolution überhaupt warnte und sie ablehnte; so kam es, daß schließlich die Resolution Bebel-Kautsky von der Mehrzahl der Revisoren, fast nur Bernstein ausgenommen, mit wirklich gutem Gewissen unterschrieben werden konnte, während ungekehrt Antibernsteinaner nicht entfernt mit allen ihren Einzelheiten einverstanden waren und sie nur als Augenblicksmaßnahme mit Annahmen; so kam es, daß, ähnlich wie bei der Mehringdebatte, schließlich noch ein „Reiß“ zu tragen peinigend, gerade für Bebel, Kautsky und die anderen übrig blieb. Denn

## Der Bedlar.

Roman aus dem amerikanischen Leben von Otto Ruppins.

29. Fortsetzung.

Zehntes Kapitel.  
Im Gefängnis.

Es war über Nacht Winter geworden, wirklicher Winter. Der Schnee lag süßlich und die Sonnenstrahlen brachen sich auf der hartgefrorenen Oberfläche, ohne sie erweichen zu können.

In einer der oberen Zellen des County-Gefängnisses sah Helmschmidt an dem vergitterten Fenster und starrte, den Kopf in die Hand gestützt, in den Hof hinaus, wo eine Schaar kleiner gelber Vögel suchend im Schnee herumspazierte. — Zehn Tage waren seit seiner Verhaftung vergangen und seit dieser Zeit sah er einsam hier, den Zusammenritt der Grandjury und deren Anklage erwartend. Die ersten Tage seiner Haft hatte er in einer stillen Spannung zugebracht; einzelne ihm völlig fremde Amerikaner hatten sich mit eigenthümlicher Dreistigkeit eingefunden, um ihre Neugierde zu befriedigen; drei Advokaten waren dagewesen, um vorsichtig nach seinen Geldverhältnissen zu forschen und ihm ihre Dienste als Verteidiger anzubieten — und in jedem neuen Besuche hatte Helmschmidt den Träger einer Botschaft von Dallas zu sehen gehofft. Als aber Tag für Tag verging, und die Besuche ausblieben, als er durch den Gefängniswärter den Schluß der Coroner-Untersuchung und seine Ueberweisung an die Grandjury vernahm, da begann er unruhig zu werden. An sein eigenes Schicksal dachte er weniger, denn vor ihm lag noch die ganze eigentliche Kriminal-Untersuchung, und bis zu deren Schluß konnten tausend Fälle eintreten, die seine Unschuld oder den wahren Thäter als Nichts brachten — wie war es aber möglich, daß Ellen ohne Kenntnis seiner wahren Lage geblieben, wo Hunderte von Zeugen den Verhandlungen beigewohnt hatten? Oder was war mit ihr vorgegangen,

daß sie behindert war, ihm wenn auch nur ein paar Worte des Trostes zu senden? Ihr energischer Charakter hätte sich durch geringe Hindernisse sicher nicht zurückschrecken lassen. Warum hörte er nichts von ihr? Das war die Frage, mit der er sich am Tage herumplagte, ohne einen Weg zu ihrer Beantwortung ausfindig machen zu können, und von der er Nachts träumte. Am zehnten Tage brachte ihm der Schließer das Wochenblatt des Städtchens, das durch die Nordthat eine so frische Farbe bekommen hatte, wie das Unkraut nach einem erquickenden Regen. Nordthaten, mit geheimnisvollen Umständen verknüpft, sind für amerikanische Zeitungen ein wahrer Himmelssturz, und man sah es dem Wochenblatt an, daß sein Herausgeber es für eine sündhafte Verachtung der Gottesgabe gehalten hätte, wenn nicht mit der vollsten Rücksichtslosigkeit alle nur irgend möglichen Seiten des Falles ausgebeutet worden wären. Helmschmidt las eine Darstellung des Wortes, so klar und einfach, daß Niemand den entferntesten Zweifel an der Thäterhaftigkeit des Deutschen hegen konnte und daß diesem beim Lesen der Kopf zu schwindeln anfing — eine Darstellung, die ihm über Ellens Unthätigkeit Aufschluß gab, ihn dabei aber nur noch in tiefere Verwirrung stürzte. Nachdem alle durch den Coroner ermittelten Verdachtsgründe gegen Helmschmidt erwähnt worden, wurde des Bettels gedacht, welcher sich in dem Koffer des Verhafteten befunden hatte — ein Ereignis, von dem Helmschmidt bis jetzt noch nichts gewußt. „Dieses Papier“, hieß es, „stellt ein unnützes Verhältnis zwischen ihm und der jungen Lady des Hauses ganz außer Frage und weist ganz bestimmt auf ein gemeinschaftliches, feindseliges Unternehmen gegen den Ermordeten hin. Die junge Lady sollte diesem wider ihren Willen, in einigen Tagen verlobt werden. Niemand hatte ein Interesse an dem Tode des Mannes, als er, dem seine Geliebte geraubt, und sie, die zu einer verhassten Ehe mit jenem gezwungen werden sollte — der Todte hatte sonst nicht einen Feind in der ganzen Umgegend. Nach der Festnahme des Deutschen trat die junge Lady Hals

über Kopf eine Reise an und machte so ihr Verhör sowie jedes andere Verfahren gegen sie unmöglich, und es ist nur die Bässigkeit des Coroners zu beklagen, welcher nach Aufwindung des wichtigen Papiers nicht sofort die nötige Sicherung dieses bedeutenden Zeugen veranlaßte. Es soll hier kein bestimmter Verdacht ausgesprochen werden — noch aber fehlt eine genaue Erklärung, wie die eigentliche Todeswunde beigebracht worden; es ist ein schwacher Stich von unten noch oben, in einer Weise geführt, wie Männer sonst nie ein Messer zum Stoß zu haben pflegen. Wird aber angenommen, wie es nach Art der Wunde wahrscheinlich ist, daß eine Frau den Stich beigebracht, so läßt sich auch leicht die Anwesenheit des Ermordeten an dem Plage, wo er gefunden worden, erklären. Zwei Worte von ihr konnten denselben unter irgend einem Vorwande dorthin locken — ein wohlgezielter Schlag des ihm im Hinterhalte auflauernden Mannes machte ihn taumeln und jetzt stieß ihm das Weib das Messer in die Brust.“

Helmschmidt sah auf das Blatt und es war ihm, als seien alle seine Gedanken erstarrt. Sein innerstes Heiligthum, seine Liebe, war auf die öffentliche Landstraße geworfen und in den Koth getreten; das blühende harmlose Kind, aus seiner schützenden Häuslichkeit gerissen und gebrandmarkt vor die Blicke der ganzen Welt gestellt — Ellen zu einer kalten berechnenden Mörderin gemacht. Helmschmidt sprang auf, faste mit beiden Händen seinen Kopf und blieb mitten in der Zelle stehen — es war ihm, als müsse er — oder die ganze übrige Welt wahnsinnig geworden sein. Er nahm das Blatt nochmals auf und las langsam Satz für Satz — die Worte darin war so teuflisch und doch so natürlich, daß er selbst daran geglaubt hätte, wäre er ein Anderer als er selbst gewesen. Er fiel in den Stuhl am Fenster, stützte den Kopf auf beide Arme und starrte vor sich hin. Ellen war abgereist, vielleicht übers Meer, um dem öffentlichen Standal, der ihren Namen durch alle Zeitungen Amerikas tragen mußte, aus dem Wege zu gehen — ein bitteres Gefühl



die Verbtheit, mit der Auer, Vollmar u. s. w. das Uebermaß von Autorität und Geltung zurückweisen, die Hebel in der Partei beansprucht, trafen zu einem Theil ins Schwarze, das war die überwiegende Stimmung. Formulierer wie dieses Ergebnis sachlich, so dürfen wir sagen, daß der Autoritätsglauben in der Partei einen gesunden Stoß und die Einsicht darin nützliche Förderung erhalten hat, daß bei mehreren leitenden Parteigenossen recht große menschliche Schwächen, Schwächen, die sogar der Partei politisch schädlich werden können, vorhanden sind und der Bureaucratie durch die Partei bedürfen. Auch das ist schließlich ein Gewinn, freilich gerade ein Gewinn für die Kräfte, wenn auch nicht nöthigende Richtung in der Partei. Das unsere ehrlichen, kritischen Auseinandersetzungen mit der Resolution und über den Inhalt derselben begraben sind, glaubt kein Mensch unter uns. Vielleicht ist Hebel der Erste, der die Resolution revidiert."

Die „Leipziger Volkszeitung“, die auf dem Parteitag wiederholt Gegenstand heftiger Angriffe war, sagt: „Wenn die Vorgänge auf diesem Parteitag das innere Leben der Partei genau widerspiegeln würden, so müßte man auf die Vermuthung kommen, daß die Partei sich in einer schweren Krise befinden würde. Und wenn man weiter das Abstimmungsverhältnis zu den beiden Kardinalfragen dieses Parteitags, der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und der Resolution über die Taktik, betrachtet, so ließe das die Deutung zu, als seien alle Differenzen eigentlich schon wieder überwunden. Weber das eine noch das andere ist der Fall. Weber befindet sich die Partei in einer inneren Krise noch sind die Differenzen, die im Schoße der Parteivertreter bestehen, durch die Abstimmung des Parteitags beseitigt. Der Dresdener Parteitag gibt ein falsches Bild. Die Verhandlungen, die auf diesem Parteitag geführt wurden, entsprechen nicht dem inneren Leben der Partei, sondern zum Theil den privaten Interessen einzelner Parteivertreter in der Fraktion und in der Presse. Und wenn die Abstimmungen über die Hauptfragen wohl dem Stärkeverhältnis der beiden „Mittlungen“ in der Partei entsprechen mögen, so spiegeln sie nicht ohne weiteres die wahre Meinung der Vertreter wieder. Die Partei und die Vertretung der Partei auf dem Parteitag sind keine kongruenten Größen mehr. In der Diskussion kam die Vertretung der Partei in Fraktion und Presse, in der Abstimmung die Partei zum Wort. Nachdem sich die Revisionisten in den Verhandlungen ausgetobt hatte, ellipsierte (verdundelte) er sich in der Abstimmung, um der Entscheidung auszuweichen. Der Parteitag verlief als ein großes, taktisch gut vorbereitetes Rückzugsgelände des Revisionismus. Dieses wurde durch eine wütende Kavallerie-attacke angelastet, die die Reihen der Gegner erschütterte und verwirren sollte. Unter dem Stuhle, den dieser wilde Manöverzug hinterlassen hatte, brach die Minderheit ihre Hölle ab und verließ in leiblich guter Ordnung ihre Positionen. Sie machte Recht und fand sich schließlich als radikale Vorhut der Mehrheit wieder, die nur noch ein schwaches Drängen von Revisionisten und Ultrarevolutionen vor sich hertrieb. Es wird sich erst zeigen müssen, ob dieser Rückzug des Revisionismus etwas mehr ist, als ein hing durchgeführtes taktisches Manöver. Jedenfalls wird die Partei die Augen offen halten, wenn Beschlüsse gemacht werden sollten, die geräumten Positionen in aller Stille wieder zu besetzen.“

### Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Zwischen der Direktion und dem Besatzungsstand der Angestellten der Allg. Berliner Omnibus-Kilien-Gesellschaft ist eine Vereinbarung zu Stande gekommen, die am 1. Oktober in Kraft tritt und für die Angestellten nicht ungewöhnliche Vorteile mit sich bringt. Infolgedessen dürfte die Lohnbewegung zu Ende sein. — Wegen Mahnung sind in der Fabrik- und Zigarrenfabrik Sächs. in Lobau (Sachsen) Differenzen ausgebrochen. — Die Unternehmer beschließen die Aufhebung der Ausperrung im Schleisshagen von Senna. Die Arbeiter sind damit einverstanden und verlangen eine Vergütung des Lohnes für die drei Tage der Ausperrung. Mittwoch wurde die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

**Aus Bundes Reich.** Unter den Arbeiten der Eisenbahnwerkstätten in Göttingen herrscht Erregung über eine Arbeiterentscheidung. Vor einigen Tagen wurde dem dort beschäftigten Tischler Pieper eine Angabe von Gründen gefordert und der Bescheid abgemittelt. In mündlicher Ausprache hielt ihm ein Mitglied der Eisenbahndirektion Ruffel vor, daß er in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in dem Reichsdorf Grotze gewesen und bei einem Hoch auf den sozialdemokratischen

Reichstagskandidaten aufgestanden sei. — War denn das ein so schreckliches Verbrechen, daß man den Mann gleich brodelos machen mußte?

**Ueber die wirtschaftliche Lage** hat sich der preussische Eisenbahnminister Bude sehr zuversichtlich geäußert. Gelegentlich des Festmahles zur Einweihung des Hofens in Leer sprach er sich wie folgt aus: Während noch im vorigen Sommer die wirtschaftliche Lage sehr trübe war, habe die Verkehrssteigerung, die im Spätherbst vorigen Jahres langsam einsetzte, standgehalten. Die Verkehrssteigerungen auf den Eisenbahnen zeigen fortlaufend eine Steigerung und die Nachrichten aus den Kreisen der Industrie- und Handelswelt äußern sich dahin, daß die Verkehrssteigerungen nicht auf einer vorübergehenden Ausfuhr nach dem Auslande zu Schlenderpreisen beruhen, sondern auf erhöhtem Bedarf des Inlandes infolge einer langsamen fortschreitenden Befundung der inneren wirtschaftlichen Lage. Wenngleich wir nach den gemachten Erfahrungen uns frei halten müssen von übertriebenen Hoffnungen, so dürfen wir doch die Besserung der wirtschaftlichen Lage als bestehend anerkennen; denn auch die bevorstehende Erneuerung des Kohlensubsidiums sei ein Merkzeichen dafür, daß die beileidigsten Kreise Vertrauen haben zur weiteren Besserung der Verhältnisse.

**Bei der Gewerbegerichtswahl** in Straubing siegte die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 205 gegen 112 Stimmen, die für die Liste der freien Gewerkschaften abgegeben wurden.

**Die Gewerbegerichtswahlen** in Danabrud wurden am 21. September zum ersten Male nach dem Proportionalwahlsystem erledigt. Von 1532 eingetragenen Arbeitnehmern stimmten 976, von 332 eingetragenen Arbeitgebern nur 54 ab. Die Liste der Arbeitgeber ging einstimmig aus der Wahl hervor; dagegen stimmten von den Arbeitnehmern 658 für die von den Sozialdemokraten und dem Gewerkschaftsrath, 318 für die von den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften aufgestellte Liste. Nach dem Verhältnis berechnet sind von den 15 Arbeitnehmern-Beisitzern rund Zweidrittel gleich 10 den Sozialdemokraten bzw. ein Drittel gleich 5 den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zuzuzählen.

**Kochunterricht** in Volksschulen. Die Schweizer Gemeinnützige Gesellschaft stellte bei den Bundes- und kantonalen Behörden den Antrag auf Einführung des Kochunterrichtes für Mädchen als obligatorisches Lehrfach an sämtlichen Volksschulen.

**Bürgerliche Blätter** berichten: Durch den Tod des Vorpräsidenten des Stadtratskollegiums in Waltershausen (Sachsen), Karl Schaedel, hat die Sozialdemokratie die Majorität im Stadtratskollegium erlangt. Die demnächst stattfindende Ersatzwahl wird dann entscheiden, ob die rote Majorität eine längere Dauer hat. Vorläufig führt der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Denner den Vorsitz im Stadtparlament. — Schwandhaft! Wena da Waltershausen nicht zu Grunde gehen soll!

**§ 153 der G.-O.** Ein Nachspiel zum Mehlischen Streit gab es Dienstag vor dem Schöffengericht in Moabit-Berlin. Angeklagt war der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Cohen. Ihm wurde zur Last gelegt, am 20. Mai dieses Jahres in einer Versammlung, in der die Arbeiter der Mehlischen Fabrik über den Eintritt in den Straf-Vergängnis saßen, die sich gegen den Streik erklärenden Arbeiter durch „Drohung und Ehrverletzung“ zur Theilnahme an dem Auslande zu bewegen versucht zu haben. Und zwar soll er nach erfolgter Abstimmung in der Versammlung die Worte gesprochen haben: „Wer sich jetzt nicht an dem Streik beteiligt, ist ein Feigling, für den gebe es eine „Nacht“. Der Angeklagte bestritt, den Ausdruck feige oder Feigheit gebraucht zu haben; die Worte „es gäbe eine Nacht“, seien von ihm jedoch lediglich zu dem Hirsch-Dunderschen Generalrats-Mitglied Sleich auf gesprochen worden. Die Zeugen behaupteten, die intimierten Äußerungen Cohens gehört und auch auf sich als Gegner des Streiks bezogen zu haben. Sie hätten sich durch das Wort „Feigling“ in ihrer Ehre verletzt gefühlt, und den Ausdruck von der „Nacht“ haben sie als Drohung aufgefaßt. Infolgedessen sah der Staatsanwalt die Thatbestandsmerkmale eines Vergehens gegen § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung als gegeben an und beantragte einen Monat Gefängnis. Der Beschuldigte stellte eine größere Anzahl von Beweisanzüchtern, die dahin gingen, daß vorliegend die Voraussetzungen des § 153 nicht gegeben seien, der Angeklagte die Anperrung nur scherzhaft und nur zu Gleichwohl gesagt habe, nicht zu den arbeitenden Kollegen. Das Schöffengericht lehnte alle Beweisanzüchtern ab und verurtheilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis. — Wie stark sich diejenigen Arbeiter, welche

damals gegen den Streik stimmten, in Wirklichkeit bedroht gefühlt haben, erhellt am besten daraus, daß sie ungenügend sofort Streikbrecherdienste verrichteten, als ihre Kollegen getreu dem Majoritätsbeschlusse in den Auslande traten.

**Die Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei** konstituirte sich am Sonnabend Abend nach der Parteitagsitzung und wählte zum Vorsitzenden den Genossen H. Meißner-Hannover, zum Schriftführer den Genossen H. Ged.-Offenburg. Bei der Konstitution der beiden Beisitzer entschied man sich wieder für die bisherigen Mitglieder der Kommission, die Genossen W. Eberhardt, Charlottenburg und R. Wengels, Berlin.

**Die Kandidatenfrage in Frankfurt-Lebus.** Die „Märkische Volksstimme“ berührt in ihrem Parteitagsartikel die Frage des Kandidatenwechsels im Kreise Frankfurt-Lebus, die auch auf dem Parteitage erwähnt worden ist und kündigt an, daß die Genossen des Kreises demnächst das zur Beurteilung der Angelegenheit nöthige Material veröffentlichen werden, um die Legende zu zerstören, die sich darum gebildet hat.

### Aus Mag und Fern.

**Aus der Kaserne.** Unteroffizier Wurst vom Königs-Grenadier Regiment Nr. 7 wurde wegen Mißhandlung Untergebener in 10 Fällen vom Liegnitzer Kriegsgericht zu 28 Tagen Mittelarrest verurtheilt. — Eine Soldatennußhandlung mit tödtlichen Folgen beschäftigte Montag das Kriegsgericht in Ulm. Am 3. Juni d. S., Abends kurz vor 9 Uhr, kam der Unteroffizier Bunz von der 10. Kompagnie des Grenadier-Regiments Nr. 123 auf der Suche nach einem abhanden gekommenen Tornister in die Stube des Gefreiten Hils und warf diesem aus Wuth darüber, daß er lauchte, ein Kochgeschirr an den Kopf. Hils hatte sich lediglich über eine scherzhaft Äußerung eines Kameraden lustig gemacht, während Bunz das Lachen auf sich bezog. Der Gefreite trug eine ca. 3 Zentimeter lange und bis auf den Knochen reichende Wunde am linken Schenkelbein davon und starb schließlich an der Kopf- und Wundenrose, die sich über den Kopf und den ganzen Rücken verbreitet hatte. Vorher gab er noch im Beisein seines Vaters an, daß er von Bunz vorsätzlich verletzt worden sei. Er habe bis dahin fälschlicherweise angegeben, der Unteroffizier habe ihm nur aus Fahrlässigkeit das Kochgeschirr an den Kopf geworfen, weil ihm nahegelegt worden sei, so auszusagen, um die Ehre der Kompagnie zu retten und weil er den Unteroffizier schonen wollte. Wie im Laufe der Voruntersuchung noch entdekt wurde, hat sich Bunz Ende März oder Anfang April dieses Jahres eine weitere Soldatennußhandlung dadurch zu schulden kommen lassen, daß er ebenfalls aus ganz geringfügigem Anlaß den Grenadier Schneid an der Brust packte und gegen einen Kasten und dann dermaßen gegen das Fenster warf, daß zwei Schelben in Trümmer gingen. Ein anderer Grenadier machte mit dem Spind auf dieselbe Weise Bekanntschaft. Das Urtheil lautete unter Annahme milderer Fälle wegen eines Vergehens der Mißhandlung Untergebener mit nachgefolgtem Tode und der Mißhandlung Untergebener während der Ausübung des Dienstes, sowie wegen je eines Vergehens der Mißhandlung und Beleidigung Untergebener auf ein Jahr vier Monate Gefängnis und Degradation.

**Die fromme Kindesmörderin.** Das Schwurgericht in Bayreuth verurtheilte die 18jährige Dienstmagd Anna Schmidt wegen Kindesmord zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Die Schmidt war im Juli d. S. auf dem Felde niedergekommen; damit das Kind christlich sterbe, taufte sie es mit Speichel und warf es alsdann in einen Wassertümpel.

**Verätherische Zeitungsausschnitte!** Unter dieser Epithete schreibt man der „Post. Btg.“ aus Paris: Vor einigen Tagen haben Polizisten Zeitungsausschnitte im Jardin des Plantes auf dem Boden herumliegen, während auf der Bank daneben ein Mann fest schlief. Die Polizisten sammelten und lasen die Ausschnitte, die alle den Mordanfall auf den Zimmermeister Lemot in der Rue Saint-Martin erzählten. Sie wendeten nun den Schläfer mit der Frage: Kennen Sie wohl einen gewissen Lemot? — „Oh, den suchen Sie getrost nicht, wohl aber Jules Dapoz, der bin ich. Meine Sammlung hat mich verrathen; ich wollte alle Ausschnitte aufbewahren, die meinen Fall betrafen. Damit bin ich nun schief angelassen.“ Doppe hatte anfangs August den Mordanfall begangen, aber der Polizei war keine Spur gänzlich entgangen. Ohne die Zeitungsausschnitte, die ihm aus der Tasche fielen, hätte er wohl noch lange Schonzeit genossen können — ein Seitenstück zu den „Kranichen des Jolyus“.

daß er so allein seinem Schicksal überlassen werden, wollte sie ihm ersparen, aber er dachte nur an ihr liebes, kleines Auge, das er jeden Tag aus seiner Seele zu schauen, sie war so süßlich, so schön, ihre eigenen Eltern mußten sie über den Stand der Dinge getraut haben. Was half ihm aber nun das Opfer, das er ihrem guten Maj gebracht? Er hatte sie durch sein Schwärzen in eine schmerzliche Lage geführt, als es das unglücklichste Gebrauchsgegenstand hätte ihm Thora — und sich selbst dazu.

Das Köpfchen des Schläfers im Schlaf über ihn aus seinen Gedanken auf. Das Köpfchen wieder ein ungewisser Dämon, war sein erster Gedanke, denn es war weder Zeit für ein Schlaf, noch für die Hände des Schläfers jetzt; aber er wollte sie doch durch die Hand des Schläfers, sich gegen diese Hände, wenn auch gegen den furchtbaren, ungewissen zu kommen und einige Nachrichten von der Anwesenheit zu erhalten. Das Köpfchen, in ein weißes Tuch gewickelt, lag auf dem Tisch in einer schmerzlichen Lage, das Köpfchen, das er, wenn Sie wieder gehen wollen? sagte der Schläfer und ließ hinter sich die Augen ins Schlaf fallen. Die Frau sah häufig ihre Lippen von Kopf und hat mit ausgebreiteter Hand auf dem Tisch lag. „Guten Tag, August!“ sagte sie mit bebender Stimme.

Der Gefangene war ganz übermüdet angekommen. „Was — Worten?“ rief er, und legte nur langsam seine Hand in die Tasche, die hatte eher etwas Auseres verhalten. „Es ist jetzt nicht Ihre Worte, in diesem Moment,

die zu Ihnen kommt.“ unterbrach sie ihn und das Wasser trat in ihre Augen, „ich weiß Alles was Sie sagen können, August, Sie mögen sagen, daß ich eigentlich das Recht verloren habe, an Ihnen Theil zu nehmen — aber Umstände ändern viel, vielleicht urtheilen Sie anders über mich, auch ehe ich das Zimmer verlassen habe. Sehen Sie sich wieder nieder und ich nehme auf eine halbe Stunde Platz neben Ihnen.“ Sie zog den einzigen noch übrigen Stuhl neben den seinigen und sah an seiner Seite, ehe er nur recht wahrte, welche Miene er annehmen sollte.

„Ich muß erst Alles zwischen uns ins Klare bringen, ehe ich Ihnen sage, weshalb ich gekommen bin.“ begann sie, ihm voll in die Augen schend, „Sie müssen Vertrauen zu mir gewinnen lernen, August, und sollten Sie mich jeden Rückfall irgend einer Art vermeiden sehen, so bliden Sie auf Ihr Gefängnis, so denken Sie daran, unter welchen Verhältnissen wir jetzt mit einander reden und daß diese mich zur völligen Dummheit drängen. — Sie sind übermüdet geworden, mich hier als Frau eines reichen Plantagen wiederzuführen — das, sage sie mit einem trübem Lächeln fort, „das war jedoch Ihr Werk, August!“ „Was Wort?“ rief dieser verwundert, aber sonderbar von dem kühnen, schmerzlichen Tage berührt, der sich einen Augenblick an ihren weichen Mund gelegt hatte. „Es ist eine einfache Geschichte, die Ihnen das erklären wird,“ erwiderte sie und hatte das Auge, „ich bin Ihnen den ersten Theil davon eigentlich schon schuldig, seit ich Sie in New-York traf und Sie nicht wußten, für was Sie mich halten sollten. Lassen Sie sich einmal die kurze Erzählung mit langemachen, ich muß sie vornehmen, wenn Sie mich

ganz verstehen sollen — Sie sollen mich kennen lernen, durch und durch, wie ich bin. — Daß ich mit einer Bekannten von Europa nach New-York reiste, wissen Sie schon.“ fuhr sie nach einer kurzen Pause fort, „ebenso, daß deren Verwandte, an die wir uns anschließen wollten, schon vor unserer Ankunft ins Land gezogen waren. In New-York mußte es mir bei dem, was ich mit der Nadel gelernt, verhältnismäßig leicht werden, meinen Unterhalt zu verdienen, während ich nicht wußte, was in einer kleinen Stadt meiner harrte, und so ließ ich meine Freundin allein reisen. Das Glück hatte mich in ein anständiges Boardinghaus gebracht und schon nach zwei Tagen hatte ich eine Stelle in einem amerikanischen Pausgeschäfte. Ich verstand kein Englisch, was für die ersten Monate jede genauere Bekanntschaft mit den übrigen Arbeiterinnen verhinderte, aber die tägliche Uebung von Ohr und Zunge räumte das Hinderniß schneller auf die Seite als ich gehofft — ich war aufgeweckt und stets heiterer Laune, und bald war ich in der Arbeitsstube eingebürgert und gelitten, als wäre ich auf amerikanischem Boden groß geworden. Um das Leben und Treiben der übrigen Mädchen außerhalb des Geschäftes hatte ich mich wenig gekümmert, da ich mit keiner von ihnen noch recht vertraut geworden war und meine eigene freie Zeit meist in der Familie meiner Boardingwirthin zubachte, und so hörte ich auch ohne Argwohn eines Morgens die Aufforderung, mit zu einem großen Balle zu gehen, den sämtliche Arbeiterinnen besuchen wollten. Ich hatte, so lange ich in Amerika war, noch kein wirkliches Vergnügen gehabt, Tanz aber war meine alte Leidenschaft und ich sagte mit Herz und Hand zu.